

offensiv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

9/2012

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe November-Dezember 2012

Redaktionsnotiz.....	3
Israel und Hamas.....	4
<i>Seán Costello/Martin Hurson Cumann- Republican Sinn Féin</i>	
<i>Westmeath: Palästina & Irland: Widerstand ist ein Recht.....</i>	4
Italien.....	5
<i>Gerhard Feldbauer: Zur Lage in Italien.....</i>	5
<i>Gerhard Feldbauer: Die eigene Verantwortung erkennen.....</i>	11
Der Imperialismus hat viele Gesichter.....	14
<i>Hans Fricke: "Euro" - bis zum bitteren Ende ?.....</i>	14
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe</i>	
<i>Essen: Pressemitteilung: »Was erlauben Grüne?«.....</i>	31
<i>Hans Fricke: Es ist schlimmer als befürchtet.....</i>	34

<i>Reinhold Schramm (Bereitstellung):</i> DBG-Studie zur Problemlage der grenzenlosen Ausbeutung in Deutschland 2012.....	35
Cuba.....	39
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen:</i> Pressemitteilung zum Wahlsieg des US-Präsidenten Barack Obama.....	39
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba:</i> Hurrikan Sandy über Kuba.....	40
Probleme des Anti-Imperialismus: Beispiel Syrien.....	40
Geheim-Magazin: Sage niemand, man hätte es nicht gewusst.....	40

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.com

Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: Redaktionsadresse, aber Mail: freundeskreis@offen-siv.com

Redaktionsnotiz

Immerhin gibt es einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas, immerhin soll die israelische Blockade des Gazastreifens etwas gelockert werden und immerhin wurde der Status der Palästinenser bei der UNO durch die Zulassung der palästinensischen Autonomiebehörde als „Beobachter“ etwas verbessert. Überbewerten sollte man das Ganze aber nicht. Der nächste militärische Überfall auf die Palästinenser kommt bestimmt, und die Gefahr eines Angriffs Israels auf den Iran ist ebenso wenig gebannt.

Erstaunlich ist, wie wenig Widerstand gegen diese eben genannten imperialistischen Angriffe und Vorhaben von der bundesdeutschen Friedensbewegung ausgeht und welche Eierei sie bezüglich des von imperialistischen Kräften inszenierten und unterstützten Krieges in Syrien an den Tag legt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Ausgabe tagte in Kassel der Friedensratschlag. Man darf auf die Resultate gespannt sein.

Zu diesem Thema bringen wir in diesem Heft einen Artikel aus der Zeitschrift „Geheim“, der die Hintergründe des Krieges in Syrien und der Stellungnahmen einiger (halb-)linker und friedensbeweger Kräfte in der BRD untersucht.

Des weiteren werfen wir einen Blick auf Italien vor den nächsten Wahlen, bringen einen Versuch, die so genannte Euro-Krise und das, was sich dahinter verbirgt, zu begreifen, zeigen einige sehr unterschiedliche Beispiele imperialistischer Übergriffe und bringen eine Einschätzung und einen Aufruf der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Finanzen machen uns große Sorgen. Die Aboentwicklung ist seit eineinhalb Jahren leicht, aber stetig rückläufig, das Spendenaufkommen für die offen-siv ist in diesem Jahr, falls im Dezember nicht noch ein Wunder geschieht, stark gesunken.

Deshalb unser Appell: Bitte unterstützt uns! Ohne Eure Hilfe kann es keine offen-siv geben, denn die offen-siv lebt allein von Euren Spenden!

Frank Flegel

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Israel und Hamas

Seán Costello/Martin Hurson Cumann- Republican Sinn Féin Westmeath: Palästina & Irland: Widerstand ist ein Recht

Der am 14. November verübte Mord an Ahmed Al-Jabari durch das zionistische Regime markiert den Beginn eines neuen, blutigen Kapitels in der anhaltenden Unterdrückung in Palästina. Seán Costello/Martin Hurson-Cumann von Republican Sinn Féin ruft alle Menschenrechtsorganisationen und Regierungen auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit es zu keiner weiteren Eskalation kommt.

Ahmed Al-Jabari, Kommandant der Izzeddin al-Qassam Brigaden, war ein palästinensischer Freiheitskämpfer, der gegen die Besatzung seines Heimatlandes gekämpft hat. Er hatte in der Vergangenheit wiederholt israelische Attentatsversuche überlebt. Seine Ermordung am Mittwoch den 14. November zog eine heftige Reaktion der Hamas nach sich, die ankündigte „Raketen auf Israel regnen zu lassen“. So zu reagieren, anstatt vor der Besatzung das Knie zu beugen, ist eine mutige Entscheidung, und wir von Republican Sinn Féin senden unsere Solidarität an die Hamas und das palästinensische Volk in ihrem Freiheitskampf.

Israel ist sich der Unterstützung der europäischen Mächte, der britischen und der US-Regierung gewiss und hat keine Bedenken, in Gaza unschuldige Zivilisten zu töten. Ihre willkürlichen Bombenangriffe töteten im Jahre 2008 über 1.800 Menschen, regelmäßige Angriffe haben seit dem noch viele weitere Männer, Frauen und Kinder das Leben gekostet.

Israel nennt die Hamas und ihre Anhänger Terroristen, doch die wahren Terroristen überall auf der Welt sind die Besatzungsmächte. Wir in Irland sind nur zu vertraut mit unseren eigenen imperialistischen Besatzern und den Methoden, die sie einzusetzen bereit sind, um ihre Besatzung aufrecht zu erhalten.

Die Realität sieht so aus: der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu versteckt sich in einem Bunker, während unschuldige Männer, Frauen und Kinder en masse abgeschlachtet zu werden drohen - aufgrund einer unmoralischen, ungerechten und unmenschlichen Besatzung, einer Besatzung, die die Menschen Palästinas wortwörtlich mit dem Rücken zur Wand gezwungen hat. In so einem Fall lehrt die Geschichte, dass Widerstand ein Recht wird, erwachsen aus der blanken Notwendigkeit, Ungerechtigkeit zu beseitigen. Palästina braucht all unsere Unterstützung, der Zionismus all unsere Ablehnung.

Seán Costello/Martin Hurson Cumann - Republican Sinn Féin Westmeath

Republican Sinn Féin International Relations Bureau, Sinn Féin Poblachtach Roinn Gnóthaí Idirnáisiúnta, E-Mail: international@rsf.ie Web: <http://www.rsf-international.org/> Post: Stiftgasse 8, 1070 Vienna, Austria Tel: 0043 664 556 18 68 Fax: 00353 1 872 97 57 Sinn Féin Poblachtach www.rsf.ie www.saoirse.info Head Office: 223 Parnell Street, Dublin 1, Éire. Tel: 00353 1 872 9747 Fax: 00353 1 872 9757 e-mail: saoirse@iol.ie Belfast Office: 229 Falls Road, Belfast, BT12 6FB, Co Antrim, Northern Ireland. Tel: 0044 9031 9004 e-mail: rsfbelfast@googlemail.com

<h2>Italien</h2>

Gerhard Feldbauer: Zur Lage in Italien

Nach Berlusconis Sturz bläst Italiens Rechte zum Gegenangriff. Einheitliche Antwort von Mitte-Links bleibt fraglich

Vor gut einem Jahr, am 12. November 2011, wurde der faschistoide Mediendiktator Silvio Berlusconi zum Rücktritt gezwungen. 1994, 2001 bis 2006 und nochmals ab 2008 hatte der reichste Kapitalist des Landes mit seiner zuletzt „Volksfreiheitspartei“ (PdL) getauften autoritären Führerpartei im Bündnis mit der faschistischen Partei Alleanza Nazionale (Nachfolger der 1946 gegründeten Mussolininachfolgerpartei MSI) und der offen rassistischen Lega Nord gebildeten rechtsextremen Koalition das Land mit einem wüsten Antikommunismus regelrecht tyrannisiert und die letzten Rest bürgerlicher Demokratie zur Makulatur werden lassen.

Mit ihm regierte einer der übelsten Kriminellen das Land. Über 30 gegen ihn geführte strafrechtliche Ermittlungen wegen Bestechungen, Steuerbetrug, Bilanzfälschungen, der Führung von Tarnfirmen und diverser weiterer Delikte, darunter, wie in Liechtenstein vermutet wurde, auch Geldwäsche, hatte er durch immer neue Strafverhinderungsdekrete (Lex Berlusconi) niedergeschlagen und damit für viele Anklagen Verjährung durchgesetzt. Erst als er nach dem Rücktritt keine Immunität mehr besaß, wurde er im Oktober 2012 von einem Mailänder Gericht in erster Instanz wegen Steuerbetrugs, der Führung von Tarnfirmen und Schwarzgeldkonten zu vier Jahren

Gefängnis, 10 Millionen Euro Geldstrafe und dem Verbot, fünf Jahre ein öffentliches Amt auszuüben, verurteilt.¹

Als nächstes steht der sogenannte Ruby- Prozess wegen Sex mit einer minderjährigen Prostituierten im Zusammenhang mit Amtsanmaßung an. Als die Marokkanerin Rubacouri (Herzensdiebin) später in polizeilichen Gewahrsam genommen wurde, ordnete Berlusconi an, sie freizulassen, da sie eine Nichte des (damaligen) ägyptischen Präsidenten Mubarak sei.

Kapital ließ Berlusconi fallen

Sein Wirtschaften in die eigene Tasche wollten zuletzt selbst die führenden Kapital-Kreise im Lande nicht länger hinnehmen. Der Anteil Italiens am Welthandel ging während Berlusconis letzter Amtszeit von 4,7 auf 2,9 Prozent zurück, die Industrieproduktion sank um 3,8 Prozent ab, während das Privatvermögen des Mediendiktators dagegen laut des Mailänder „Espresso“ auf zwölf Milliarden Dollar anwuchs. Cordero di Montezemolo, Agnelli-Erbe und Ferrari-Chef, lange Jahre Präsident des Unternehmensverbandes Confindustria, sprach ein Machtwort und gab Berlusconi „die Schuld am Bankrott des Landes“ und der „beispiellosen Staatskrise“. Dazu kamen die Sorgen vor einer drohenden Herabstufung der Kreditwürdigkeit und dass Rom wie Athen schon bald am Tropf der EU hängen könnte. Italiens Staatsverschuldung belief sich auf 1.900 Milliarden Euro. Es belegte dabei mit 120 Prozent des BIP den zweiten Platz hinter Athen.

Auch in der EU wollte man nicht länger dem Treiben Berlusconis zusehen. Dort wurde befürchtet, er werde sich außerstande erweisen, die Vorgaben aus Brüssel zur Unterordnung der italienischen Wirtschaft unter den vor allem von der deutschen Kanzlerin bestimmten EU-Kurs durchzusetzen.

Aufwärtstrend für Mitte-Links

Berlusconis Sturz beschleunigte dann der zunehmende Widerstand der Parteien der linken Mitte: Die mit dem katholischen Zentrum Margherita 2007 zur Demokratischen Partei (DP) fusionierten früheren Linksdemokraten; die neue Linkspartei Umwelt und Freiheit (SEL); die Wertepartei Italiens (IdV) des früheren Korruptionsermittlers Antonio di Pietro und die kommunistischen Parteien (Neugründung PRC und Partei der Kommunisten Italiens PdCI).

In wachsenden Demonstrationen im Oktober/November ertönte immer unüberhörbarer der Ruf „weg mit Berlusconi“. Wäre Berlusconi nicht schon im November 2011

¹ Tiefer Fall des Zampanos, jW, 30./31. Okt. 2012.

zu Fall gebracht worden, hätten ihn dann sicher die Bürgermeisterwahlen im Mai 2012, bei denen Mitte-Links einen klaren Sieg errang und mit Spitzenergebnissen zwischen 60 und über 70 Prozent fast überall die vorderen Plätze belegte, hinweggefegt. Die PdL kam nur noch auf etwa zehn Prozent. In den Medien war fast durchgängig von einem „Tsunami für die Rechte“ die Rede. Als erste Wahl, seit der frühere EU-Kommissar und Wirtschaftsmanager Mario Monti nach dem Fall Berlusconi als Ministerpräsident eines sogenannten Technikerkabinetts amtierte, war das Ergebnis ein deutlicher Protest gegen die rigoros fortgesetzte Abwälzung der Krisenlasten durch das von der EU diktierte Kürzungsprogramm Montis vor allem auf die arbeitenden Menschen und die Rentner. Der Übergangspremier hatte zwar mit der wüsten antikommunistischen Hetze Berlusconi Schluss gemacht, aber den von Berlin über Brüssel verordneten Sparkurs in „Reformen“ verpackt ohne nennenswerte Abstriche fortgesetzt. Damit setzte der Regierungschef den Sozialabbau Berlusconi fort, der sich bereits auf rund 100 Milliarden Euro belief.

Linker Aufschwung verpuffte

Der Herbst 2011 war von einer wieder wachsenden Kampfkraft der Linken (Kommunisten, Basis-Gewerkschaften, Sozialzentren und Linkspartei) gekennzeichnet. Es gelang nach dem Sturz Berlusconi jedoch nicht, den von der linken Basis ausgehenden Aufschwung des außerparlamentarischen Kampfes zur Durchsetzung vorgezogener Neuwahlen zu nutzen. Staatspräsident Giorgio Napolitano, einst Politbüromitglied der IKP und Führer der revisionistischen Faktion, die 1989/90 die Liquidierung der Partei durch ihre Umwandlung in die sozialdemokratische Linkspartei PdS durchsetzte, verhindert das. Obendrein stellte er sich vorbehaltlos hinter den EU-Sparkurs Montis.

Nach dem Erfolg bei den Bürgermeisterwahlen rief DP-Chef Luigi Bersani unter dem Druck der Basis in seiner Partei, die immer noch mehrheitlich von den früheren Linksdemokraten dominiert wird, dazu auf, auch für die im April 2013 anstehenden Parlamentswahlen die einst traditionelle linke Mitte neu zu formieren. SEL-Vorsitzender Nicchi Vendola, derzeit Präsident einer Mitte-Links-Regional(Landes)-Regierung in Apulien, schloss sich dem Vorschlag an und in PRC und PdCI gab es (wenn an der Basis auch umstritten) Anzeichen, sich mit eigenen Kandidaten an der gemeinsamen Liste zu beteiligen.

Der 62jährige Bersani ist ein zwar etwas farbloser, aber gerade deswegen an seiner Parteibasis recht beliebter Politiker. Er soll als Spitzenkandidat auf den nach US-amerikanischem Vorbild eingeführten Primarie (Vorwahlen) aufgestellt werden. Mit ihm an der Spitze wurden der DP 40 Prozent und auch mehr Stimmen zugerechnet.

Etwas andere Akzente als bei der SPD

Zwar bekennt sich Bersani in typisch sozialdemokratischer Manier zur Zusammenarbeit mit dem Kapital, aber er setzt, im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie, auf die traditionelle linke Ausrichtung von Mitte-Links und lehnt eine Aufnahme der rechten Union Demokratischer Christen (UDC), einem früheren Bündnispartner Berlusconi ab.

Das hat in der DP einen Widersacher auf den Plan gerufen, der auf bekannte herkömmliche Weise die Geschäfte der Rechten besorgt und nicht nur die Spitzenkandidatur Bersanis durch seine eigene Bewerbung, sondern damit auch einen Wahlsieg von Mitte-Links in Frage stellt. Es ist der 37jährige Florentiner Bürgermeister Matteo Renzi, der bereits vor den Primarie einen scharfen Wahlkampf führt, der an Populismus kaum zu überbieten ist. Unter Losungen wie „Italien braucht neue Gesichter“ propagiert er „die Verschrottung“ der alten Führergeneration, verlangt einen Wechsel „adesso“ (jetzt) ohne ein Wahlprogramm oder auch nur konkrete vor allem soziale Forderungen vorzulegen, lässt sich stattdessen als der „beliebteste Bürgermeister Italiens“ feiern.

Für den Fall, dass er nicht nominiert wird, hatte er zunächst angekündigt, allein anzutreten. Es wurde befürchtet, dass es dann zu einer Spaltung der DP kommen könnte. Nach starken Protesten erklärte er danach, sich dem Ergebnis der Primarie zu fügen. Ob er sich daran hält, bleibt abzuwarten.

Italienische Piraten arbeiten Rechten zu

Den Rechten arbeitet auch die den deutschen Piraten ähnliche Movimento Cinque Stelle (Fünf Sterne) des Starkomikers Peppe Grillo in die Hände. Bei aller Kritikwürdigkeit an den herrschenden Verhältnissen entzieht er mit seinen substanzlosen Protesten den Linken Stimmen. Bei den Parlamentswahlen werden ihm zwölf Prozent zugetraut.

Für den Fall eines Patt bei den Wahlen 2013 spricht sich Renzi für eine große Koalition von Rechts und Mitte-Links aus. Das würde jedoch eine bedeutend mehr nach Rechts oder besser gesagt Rechtsaußen ausgerichtete Koalition sein, als wir sie von den Komponenten CDU-SPD hierzulande kennen.

Denn die Initiative, Mitte-Links einen Rechtsblock entgegenzustellen, geht von dem früheren Führer der AN-Faschisten und derzeitigem Parlamentspräsidenten Gianfranco Fini aus.

2007 war er mit seiner AN der PdL Berlusconi beigetreten. Bis dahin ein treuer Parteigänger Silvio Berlusconi kündigte er im Dezember 2010 dem Mediendiktator plötzlich die Gefolgschaft auf und stimmte mit seinen früheren AN-Anhängern in

Abgeordnetenkommission und Senat gegen Berlusconi. Um ein Haar hätte er ihn gestürzt, wenn dieser nicht drei seiner Parlamentarier mit, wie verlautete, Millionen Euro pro Person bestochen und auf seine Seite gezogen hätte.

Es war unschwer zu durchschauen, dass Fini in Absprache mit Montezemolo handelte, der mit ihm zusammen einen Thinktank „Italia Futuro“ gegründet hatte. Es waren führende Kapitalkreise, die den Frontwechsel inszenierten.

Fini formierte bereits Anfang 2011 aus den Reihen seiner alten Gefolgschaft eine neue Partei, deren Name „Zukunft und Freiheit“ (FeL) dem des Thinktank „Italia Futuro“ verblüffend ähnelte.

Vom Bewunderer Mussolinis zum moderaten Rechten

Mit ihr präsentierte sich der frühere Bewunderer Mussolinis, ohne auch nur im Geringsten dem Faschismus eine Absage zu erteilen, als geläuterter Faschist und moderater Rechter, der sich selbst zum Kandidaten eines neuen Mitte-Rechts-Konzepts der Rückkehr „zu klaren politischen Lagern“ präsentierte.

Hatte er vorher nichts dagegen gehabt, wenn Lega-Chef Umberto Bossi äußerte, es sei leider „leichter Ratten zu vernichten, als Zigeuner auszurotten“ und der Jagd seines Parteikameraden Alemanno (Bürgermeister von Rom) auf Sinti und Roma tatenlos zugeschaut, wendete er sich nun plötzlich gegen den Rassismus der Lega und Berlusconis Präsidialherrschaftsziele und gab vor, für die „Unverletzlichkeit der Institutionen“ zu stehen, ging auf Distanz zur von Berlusconi ins extreme gesteigerten Hetze gegen alle Linken, die er nicht mehr „als Feind wahrnehmen und behandeln“, sondern „in ihrer Andersartigkeit anerkennen“ wollte. Seine neue Mitte-Rechts-Partei werde sich „deutlich von der PdL“ abheben und „eine Politik betreiben, die nicht automatisch Nein sagt zu dem, was die Linke vorbringt, sondern in einigen Fragen die Übereinkunft mit ihr sucht“.²

Auf einem sogenannten Konvent „Mille per l' Italia“ (Tausend für Italien) schlug er Anfang Oktober 2012 vor, gegen Mitte-Links eine Allianz in Gestalt einer „großen nationalen Bürgerliste“ zu bilden. UDC-Chef, Pierferdinando Casini, schloss sich enthusiastisch an. Ganz gleich in welcher Form, dürften die Lega und die Pdl hinzukommen.³ In Italien finden damit Wandlungen statt, die bereits in Spanien nach dem Tod Francos oder in Portugal nach dem Scheitern der Nelkenrevolution vor sich gingen. Es wird in Zukunft auch in Italien schwieriger werden, verdeckte Formen faschistischer Prozesse und die unter dem Deckmantel einer Wandlung vor sich gehen-

² Interview für „Repubblica“, 22. Okt. 2011.

³ Rechte schmiedet Block. JW, 10. Okt. 2012.

den Konservierungen faschistischer Politik und Ideologie und ihrer Traditionen zu enthüllen.

Merkels Furcht vor Mitte Links

An die Spitze des Rechtsblocks soll Monti gehievt werden. In dieser Situation hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Beunruhigung über die Entwicklung in Rom geäußert. Jedoch nicht über das demokratische Outfit, unter dem die früheren AN-Faschisten unter Fini jetzt antreten wollen. Nein, die deutsche Kanzlerin will einem Wahlsieg von Mitte-Links in Rom verhindern und hat während eines Besuchs des italienischen Premiers Ende August 2012 in Berlin offen dem Vorgehen der Rechten Schützenhilfe geleistet, indem sie äußerte: „Wir sind sehr beunruhigt, was nach den Wahlen in Italien geschehen könnte“ und für ein „Verbleiben des Professors“ im Palazzo Chigi (Regierungssitz) plädiert.⁴ Da das Vorhaben auf scharfe Proteste vor allem seitens der DP und der SEL stieß, hält Monti sich nach einer grundsätzlichen Erklärung, bei "besonderen Umständen" ein zweites Mal zur Verfügung zu stehen, vorerst zurück. Kandidieren könnte er ohnehin nicht, da er vor seiner Berufung von Staatspräsident Napolitano noch schnell zum Senator auf Lebenszeit ernannt wurde. Dass er den Titel zurückgibt, ist nicht zu erwarten.⁵

Seine Stunde dürfte nach der Wahl kommen. Entweder als Regierungschef einer Rechtskoalition, wenn sie einen Wahlsieg schafft und Fini vorerst in die Wartschleife geschickt wird, oder bei einem Patt an der Spitze einer Großen Koalition, für die bereits jetzt die Trommel gerührt wird.

Die Verantwortung der Kommunisten

In dieser schwierigen Situation liegt eine große Verantwortung bei den Kommunisten. Der PRC-Parteitag 2008, der Lehren aus der Wahlniederlage (nach der die Linke nicht mehr im Parlament vertreten ist) zog, beschloss, eine entschiedene »Wende nach links« und dazu eine »Wiederbelebung des Klassenkampfes« mit kämpferischen Aktionen. Das gab der Basis die Kraft, zum Sturz Berlusconi's beizutragen.

Aber dieser Schwung verpuffte, vom Kampfprogramm von 2008 ist heute keine Rede mehr. Es fehlt ein Forderungskatalog zur Wiederherstellung grundlegender demokratischer Freiheiten. Die Forderungen beschränken sich auf den sozialen Bereich. Dass dieser einen Schwerpunkt bilden muss, ist völlig richtig, aber das reicht nicht aus. Noch nicht einmal die starken Proteste gegen die Beteiligung am NATO-Krieg in Afghanistan, der bisher 46 italienischen Soldaten den Tod brachte, werden aufgegrif-

⁴ Merkel beunruhigt. JW, 31. Aug. 2012.

⁵ Suche nach Anführer. jW, 4. Okt. 2012.

fen und der sofortige Abzug verlangt. Die Manöver, der FeL Finis, aber auch der faschistoiden PdL-Partei Berlusconis ein demokratisches Outfit zu verschaffen, werden unwidersprochen hingenommen.

Noch vor den Wahlen sollten sich, so Forderungen an der Basis, PRC und die von ihr abgespaltene PdCI wieder vereinigen, um eine starke linke Basis zu bilden. Auch in Italien spielen jedoch Personalfragen eine große Rolle. PRC-Vorsitzender Paolo Ferrero lehnt ab. Er befürchtet, in einer vereinigten KP nicht den Vorsitz zu erhalten. Damit fehlt ein wichtiges Signal der Ausstrahlung auf die SEL, denn es wäre auch möglich, dass Kommunisten und Linkspartei in einem eigenen Wahlbündnis antreten.

Es gibt Stimmen in PRC und PdCI, die Kommunisten sollten allein antreten, schon um zu sehen, auf wie viele Wähler sie noch zählen können.

Selbst wenn der Wiedereinzug ins Parlament nicht gelänge, wäre das besser für den künftigen Kampf, als einer DP-geführten Regierung der Zusammenarbeit mit dem Kapital, oder bei ihrem Beitritt zu einer „Großen Koalition“, der möglicherweise auch die PdL Berlusconis und die FeL Finis angehören könnten, als linkes Feigenblatt zu dienen.

Noch ist offen, wie die Entscheidungen ausfallen werden.

Gerhard Feldbauer

Zum Weiterlesen: Gerhard Feldbauers jüngstes Italienbuch „Wie Italien unter die Räuber fiel“, PapyRossa, Köln 2012

Gerhard Feldbauer: Die eigene Verantwortung erkennen

„Man fragt sich, ob Italien noch antifaschistisch ist“. Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „junge Welt“ am 26. Oktober 2012 ein Interview mit dem Präsidenten des italienischen Partisanenverbandes ANPI, Professor Carlo Smuraglia (89), in dem dieser sehr anschaulich die Untergrabung der in der 1947 verabschiedeten Verfassung festgelegten antifaschistischen Grundlagen darlegte (<http://www.jungewelt.de/2012/10-26/026.php>).

In dem politisch brisanten Interview gelang es jedoch nicht, zu den Wurzeln dieser katastrophalen Entwicklung vorzudringen, was ich vor allem der Führung des Interviews durch Raoul Rigault geschuldet sehe. Bei ihm handelt es sich wahrscheinlich um ein Pseudonym, denn unter diesem Namen ist ein Rigault weder in Italien noch Frankreich bekannt. Aber auch Smuraglia nutzte die Gelegenheit nicht, auf die Ursachen dieser verhängnisvollen Entwicklung einzugehen, ganz zu schweigen von einer Erwähnung der eigenen Verantwortung. Er gehörte in führender Funktion (Abgeord-

neten im Regional(Landes)parlament der Lombardei) der IKP an, die 1990 von den Revisionisten in der Partei durch ihre Umwandlung in die sozialdemokratische Linkspartei PdS, liquidiert wurde. Smuraglia schloss sich der PdS an, für die er von 1992 bis 2001 im Senat (der zweiten Kammer des italienischen Parlaments) saß.

Einige Stichpunkte: Während der Regierungszusammenarbeit der IKP mit der Democrazia Cristiana (Historischer Kompromiss) in den 1970er Jahren wurden Möglichkeiten, die faschistische Gefahr zurückzudrängen und ein in der Verfassung verankertes Verbot der MSI, die mit CIA- und NATO-Unterstützung unter einer „chilenischen Lösung für Italien“ offen einen Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung betrieb, durchzusetzen, nicht genutzt. Die bereits starke revisionistische Strömung in der IKP, die der heutige Staatspräsident Giorgio Napolitano anführte, setzte die Anerkennung des bürgerlichen Staatsmodells und der kapitalistischen Marktwirtschaft durch. Absurd wurde erklärt, die NATO eigene sich unter bestimmten Voraussetzungen (die nicht definiert wurden) als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus. Der reformistische Kurs in der IKP begünstigte den Vormarsch der Rechten. Es gelang nicht, ein Verbot der 1981 aufgedeckten verfassungswidrigen faschistischen Putschorganisation P2 (deren Dreierdirektorium bekanntlich Berlusconi angehörte) durchzusetzen.

Mit der IKP wurde auch die seit Gramsci entscheidende Kraft jeden Kampfes gegen den Faschismus liquidiert. Nicht nur das: Es begann ein verhängnisvolles Paktieren der aus der IKP hervorgegangenen Linksdemokraten (PDS) mit den AN-Faschisten.

Einige wenige Beispiele:

An dem Umtaufungsprozess der MSI in Alleanza Nazionale 1995 (die erstmals unter Berlusconi im April 1994 ebenfalls verfassungswidrig in die Regierung aufgenommen worden war) nahm eine Gast-Delegation der Linkspartei teil, der mit Ugo Pecchioli, einst Kommandant der 77. Garibaldi-Brigade, einer der angesehensten Partisanenkommandeure angehörte. Mit der Umwandlung der MSI in die Alleanza Nazionale entstand auch keine, wie Smuraglia formulierte, „moderatere“ Partei (abgesehen davon, dass das sprachlich impliziert, schon die MSI sei eine „moderate“ faschistische Partei gewesen, was sie nicht war), sondern, wie in den Dokumenten des Parteikongresses von Fiuggi nachzulesen ist (siehe MSI-Zeitschrift „Oltreconfine“ Nr. 11/1996 in Deutsch), es sich bei der AN um eine „Fortentwicklung“ der MSI“ handelte.

1997 nahm Parlamentspräsident Luciano Violante von der PdS an einem Volksfest der AN teil und bezeugte in einer Geschichtsdebatte den Mussolini-Faschisten der Salò-Republik seinen Respekt und sprach sich für eine Gleichbehandlung von Faschismus und Antifaschismus und dafür aus, das „Kapitel des Faschismus abzuschließen“ und ein „einheitliches Geschichtsbild zu gestalten“.

Mit keinem Wort geht Smuraglia darauf ein, dass die schwerwiegende Beseitigung grundlegender antifaschistischer Positionen unter den drei seit 1994 amtierenden faschistoiden Regierungen unter Berlusconi im Bündnis mit der AN und der offen rassistischen Lega Nord stattfand. Es blieb für den Lega-Chef Umberto Bossi ohne jedes juristisches Nachspiel, als er im Wahlkampf 2008 in ungeheuerlicher Weise äußerte, es sei leider „leichter Ratten zu vernichten, als Zigeuner auszurotten“.

Um abzuschließen: Eine schwerwiegende Unterschätzung der faschistischen Entwicklung unter Berlusconi erfolgte auch in der Kommunistischen Neugründungspartei PRC. Zur in verdeckten Formen unter drei Regierungen Berlusconi mit seinem Hauptverbündeten, der faschistischen AN vor sich gehenden faschistoiden Entwicklung und der wachsenden faschistischen Gefahr (Genua 2001) hat die PRC nie eine Analyse vorgelegt. Die rechtsextreme Berlusconi-Regierung wurde stets als Centro Destra (rechtes Zentrum“ verharmlost, was hieß, Faschisten als „normale“ Rechte hinzunehmen.

Die Auseinandersetzung mit den Fehlleistungen dieses Interviews ist nicht nur eine historische Angelegenheit, sondern auch angesichts der bekannt gewordenen faschistischen NSU-Aktivitäten in der Bundesrepublik, mit der offensichtlich entsprechende terroristische Methoden der faschistischen Spannungsstrategie in Italien nachgeahmt werden, eine dringend gebotene Aufgabe aktueller antifaschistischer Politik.

Gerhard Feldbauer

Die Redaktion verweist darauf, dass der Autor zum Thema Faschismus und Antifaschismus in Italien mehrere Bücher verfasst hat, zuletzt „Wie Italien unter die Räuber fiel. Und wie die Linke nur schwer mit ihnen fertig wurde“. Papy-Rossa, Köln 2012.

Der Imperialismus hat viele Gesichter

Hans Fricke: "Euro" - bis zum bitteren Ende ?

Je offensichtlicher es wird, dass der Euro ein misslungenes Experiment und die sogenannte Euro-Rettung ein Faß ohne Boden ist, umso mehr lobpreisen Konzernmedien, Politiker der Berliner Regierungskoalition, regierungsfreundliche Ökonomen und "Finanzexperten" in Talk-Shows oder Interviews den Euro.

Er sei gut für Deutschland, denn ohne ihn würde es unserer Industrie viel schlechter gehen. Ohne die Gemeinschaftswährung wäre die D-Mark so stark geworden, dass unsere Exporteure große Schwierigkeiten hätten, ihre Produkte ins Ausland zu verkaufen.

Deutschland sei deshalb ein Profiteur des Euro. Zudem bringe er Preistransparenz und planbare Handelsbeziehungen.

Für den freien Journalisten, Autor der Bücher "Der Staatsbankrott kommt" sowie "Der Crash der Lebensversicherung" und Fachberater (Wirtschaft & Finanzen), Dr. hc. Michael Grandt, ist das jedoch Schönfärberei und pure Volksverdummung, denn vergleicht man diese Aussagen mit den ökonomischen Realitäten, kommt man zu ganz anderen Ergebnissen.

Die Fakten:

1. Die Börsen in der Eurozone haben sich in diesem Jahr schlechter entwickelt als die übrigen Märkte weltweit.
2. Der EuroStoxx 50 stieg seit Einführung des Euro um 56 Prozent (3,2 Prozent Jahresertrag); der Jahresertrag des DAX lag bei 6,2 Prozent; der Schweizer SMI stieg aber im gleichen Zeitraum um 172 Prozent (7,5 Prozent Jahresertrag) und der schwedische OMX erzielte ein Plus von 234 Prozent (9,1 Prozent Jahresertrag).
3. Auf der Liste der 20 finanzschwächsten Nationen der Welt stehen schon sechs von 16 Staaten aus der Europäischen Währungsunion.
4. Die Nicht-Euro-Währungen blieben stabiler: Die Schwedische Krone notiert zum Euro fast auf den gleichen Stand wie 1997 und der Schweizer Franken hat sich sogar um 28 Prozent gegenüber der Gemeinschaftswährung verteuert.
5. Dass eine starke Währung ein Problem für den Export darstellt, stimmt nicht. Beispiele Schweden und Schweiz: Trotz auffallend starker Währungen erzielten beide Länder große Erfolge im Außenhandel, ihre Exportüberschüsse sind sogar noch höher als die Deutschlands.

6. Das Wirtschaftswachstum des Euro-Verweigerungslandes Schweden stieg seit 1997 im Durchschnitt um 2,5 Prozent, beim Nicht-EU-Mitglied Norwegen waren dies 2,2 Prozent.

Deutschland als größte Ökonomie und als Wirtschaftsmotor der EU kam gerade mal auf kümmerliche, 1,3 Prozent.

7. Obwohl die Zinsen in der Europäischen Währungsunion immer wieder gesunken sind und damit auch die Finanzierungskosten für die einzelnen EU-Staaten, ist deren Schuldenquote seit 1997 nie merklich zurückgegangen. Hingegen reduzierte die Schweiz ihre Schuldenlast auf 40 Prozent, die Schweden ebenfalls von 70 auf 40 Prozent; für Deutschland wurde für 2011 eine Schuldenquote von knapp 80 Prozent prognostiziert.

Fazit:

Die Europäische Währungsunion lädt dazu ein, höhere Schulden zu machen und erweist sich immer mehr als Risikogemeinschaft.

Obwohl diese Fakten der Bundesregierung bekannt und allen Mitgliedern des Bundestages zugänglich sind, werden sie der Bevölkerung verschwiegen, um deren Vertrauen in den Euro und in die angebliche Notwendigkeit, ihn mit Hilfe immer neuer Milliarden zu retten, nicht zu erschüttern.

Mehr noch, Gerd Bosbach, Prof. für Statistik, Mathematik und Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Hochschule Koblenz, zufolge, wird gelogen, was das Zeug hält. In seinem Buch "Lügen mit Zahlen" weist er an konkreten Beispielen nach, dass viele Politiker bewusst mit Zahlen lügen, um das durchzusetzen, was sonst nicht durchsetzbar wäre.

Eine beliebte Lüge sei zum Beispiel das Hochrechnen kleiner Zahlen über viele Jahre hinweg. Angela Merkel hatte zum Beispiel gelobt, 18 Milliarden Euro mehr in die Bildung zu stecken. Sie erwähnte jedoch nicht, dass das Bildungswesen sich diese Summe mit der Forschung teilen muss. Und sie erklärte auch nicht, dass die genannte Summe sich nicht auf das kommende Jahr bezieht, sondern über neun Jahre gestreckt wird. Unter dem Strich kommt für das Bildungswesen deutlich weniger als zwei Milliarden Euro pro Jahr heraus.

Der Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, steht ihr beim Lügen mit Zahlen in nichts nach. Auf einer früheren Kundgebung, damals noch Regierungschef in NRW, schwärmte er davon, dass in NRW 2.000 Lehrer neu eingestellt wurden, der Jugend also die angemessene Aufmerksamkeit geschenkt werde. Das war laut Prof. Gerd Bosbach *"zweifelloso richtig - richtig war aber auch, dass im selben Jahr 2.200 Lehrer*

pensioniert wurden. Auch wenn es formal nicht stimmt, ich nennen das Lügen mit Zahlen".

In einem anderen aktuellen Fall werde behauptet, in der Geschichte der BRD habe es noch nie so hohe Gewerbesteuererinnahmen gegeben wie heute. Der Trick ist, dass die Preise in den vier Jahren, die zum Vergleich herangezogen wurden, um gut sechs Prozent gestiegen sind. Und wenn man diese sechs Prozent abzieht, kommt wiederum das Gegenteil heraus. Die Einnahmen durch die Gewerbesteuer sind gegenüber dem Jahr vor der Finanzkrise real zurückgegangen.

Bei Statistiken über die Geldentwicklung werde einfach die Inflationsrate unterschlagen und vieles andere mehr. Das führe dazu, daß uns zum Beispiel weisgemacht wird, die Renten seien gestiegen - wenn man die Preissteigerungen abzieht, kommt das Gegenteil heraus. Sie sind gesunken!

Zu den Warnern vor den Gefahren der Fortsetzung der Politik zur Rettung des Euro, deren Zahl immer größer wird, gehört Ludwig Poullain, einst Vorstandsvorsitzender der WestLB und Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Er traut der Politik kein weitsichtiges Management der Finanzkrise zu. *"Ich glaube nicht, dass uns die Regierenden durch kluges Handeln und radikale Sparprogramme aus der Krise führen"*, sagte er im Interview mit dem Wirtschaftsmagazin *Capital* (Ausgabe 05/2012, EVZ 19. April)

Aus der Sicht des 92jährigen wird es den politischen Akteuren nicht gelingen, die Finanzbranche zu regulieren. *"Das ist hilflos"*, stellte der ehemalige Bankier fest. Europas Regierungen würden nie zu einer einheitlichen Meinung kommen, etwa was die Beschneidung von Größe und Geschäft der Banken angehe. *"Banken sind die Feudalherren unserer Zeit - sie bedienen sich auf Kosten des Volkes."*

Während er sich noch gut an einen respektvollen Austausch mit Willy Brandt erinnern kann, hält er Angela Merkel für keine gute Zuhörerin. Bei einem Auftritt Merckels in einer Diskussionsrunde sei er *"aus dem Sessel aufgesprungen und brauchte erst mal einen Whisky"*, erzählte Poullain. Ihre Art habe ihn verärgert. *"Die Frau ist mir zu geschickt - sie gibt auf keine Frage eine konkrete Antwort."*

Rückblickend auf sein langes Leben bedauert er, dass in unserem Land die Debattenkultur gestorben sei. Diskussionen, die per Definition ein Austausch von Intelligenz sein sollen, sind verpönt. Falls sich einer der Wortführer der Politik einmal eine eigene Meinung gebildet haben sollte, so wird sie kein noch so überzeugendes Argument jemals ändern können.

"Erst etwa ein Jahr nach ihrem Amtsantritt", sagte Poullain, *"ist mir die Art der Bundeskanzlerin Merkel, durch Verschweigen ihrer Absichten und durch verstecktes Tun*

zu herrschen, aufgestoßen. Wenn sie es für unumgänglich hält, die Meinungsbildung der Bürger in eine ihr genehme Richtung zu lenken, so geschieht dies nicht etwa durch eine klare Vorgabe und die Darlegung der Gründe. Vielmehr pflegt sie, uns nur etwas kurz zu verkünden, die Energieerzeugung sei auf den Kopf zu stellen, oder auch, dem Not leidenden Griechenland sei Hilfe zu gewähren, um dann anstelle einer fälligen Begründung den Nachsatz anzuhängen, dies sei alternativlos. Mit diesem Hinweis errichtet sie offenkundig Verbotsschilder für Andersdenkende. Nachdem mir dieses Taktieren bewusst geworden ist, lehne ich mich dagegen auf und zwingte mich dazu, das mir von ihr Vorgesetzte nicht mehr als gegeben hinzunehmen und das von ihr zum Tabu Erklärte besonders sorgfältig durch meine Hirnwindungen zu drehen."

Ich meine, es ist allerhöchste Zeit, dass die Bundesbürger in Ost und West es in dieser Beziehung Ludwig Poullain gleichtun.

Aber auch an Bankkollegen lässt der hochbetagte ehemalige Bankier kein gutes Haar: *"Sie sind oberflächlich und haben weniger Fachwissen als ein Ingenieur."*

Bei der Vorbereitung des Festaktes zur Verabschiedung des langjährigen NordLB-Chefs Manfred Bodin kam es im Juli 2004 zum Eklat. Als einer der Festredner sollte Ex-WestLB-Chef Ludwig Poullain über *"Bank und Ethos? Maxime oder Lästigkeit"* sprechen. Doch nach Lektüre der Rede rief Manfred Bodin Ludwig Poullain an und zeigte sich entsetzt über dessen offene Worte. Der Grandseigneur der Finanzindustrie hatte sich mit der Moral der Banker auseinandergesetzt und ausgehend von den hohen moralischen Ansprüchen des Philosophen Immanuel Kant *"einen moralischen Zerfallsprozess"* konstatiert. Insbesondere beim Führungspersonal der Deutschen Bank vermisste Poullain den Wertekanon des früheren Bankers. *"Nenne ich heute den Namen Ackermann"* heißt es im Manuskript über Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann, *"fallen mir nur Globalisierungswut und schwyzerischer Erwerbssinn ein. Letzterer jedoch nur in verfremdeter Form."* In Düsseldorf stünden einige Herren der Wirtschaft *"vor einem fremden Gericht"*; das Strafgesetzbuch könne den Kern der Handlungen nicht werten. Doch wie die Manager mit ihren vor der Brust verschränkten Armen den Einzug der Richter erwarten, *"dieses Bild zu betrachten tut weh"*. Eine weniger deutliche Rede wollte Poullain nicht halten und sagte sein Erscheinen bei dem Festakt ab: *"Ich kann mich nicht verleugnen."*

Selbst während seiner Zeit bei der WestLB in einem Skandal um einen Beratervertrag verstrickt, hat er sich nach seinem Abschied aus der Welt der Banker zu deren schärfsten Kritiker entwickelt. Berühmt geworden ist seine für einen kleineren Kreis geschriebene besagte Rede. Sie wurde unter der Überschrift *"Ungehaltene Rede eines ungehaltenen Mannes"* am 16. Juli 2004 in voller Länge in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlicht. Die Schelte, die man unterdrücken wollte, entfaltete so eine viel größere Wirkung.

Zusammengefasst lautet das Ergebnis seines "ungebührlichen" Denkens:

Alle bisherigen Hilfsmaßnahmen für den Euro waren nutzlos und sie werden es auch weiterhin sein. Das geflossene Geld sei weg und die Euro-Rettung ein einziges Fiasco. Nicht nur Griechenland und Portugal kranken an der mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft, Spanien und Italien plagten dieselben Symptome und ganz offensichtlich leide auch Europas sogenannter Industriestaat Nummer zwei, Frankreich, hieran.

Seiner Auffassung nach waren die Initiatoren des Euro der Wahnvorstellung unterlegen, die Gemeinschaftswährung würde die ihr angehörigen Länder zu einer mächtigen Wirtschaftsmacht zusammenfügen, die den beiden anderen Monolithen, den USA und China, Paroli bieten würde. Doch der Homunkulus Europa hat das genaue Gegenteil bewirkt. Er hat die Wettbewerbsfähigkeit der Schwächeren weiterhin eingeschränkt und damit eine Machtblockbildung unmöglich gemacht. Die Industrienationen Frankreich, Italien und Spanien im globalen Wettbewerb abgehängt, tummelt sich Deutschland allein auf den globalen Märkten.

Im *Cicero ONLINE*, Magazin für politische Kultur, vom 08. Oktober 2012, schreibt Poullain sich seinen Frust über die Kanzlerin Angela Merkel von der Seele und plädiert für einen Austritt aus der Euro-Zone. Merkel hätte Griechenland von Anfang an keine finanzielle Unterstützung gewähren sollen, dann ginge es den Griechen heute bereits besser. Poullain bezeichnet Griechenland jedoch als eher kleines Problem im Vergleich zu Frankreich, Italien und Spanien. Er erklärt: Es sei **Zeit für einen Schlussstrich bei der Euro-Rettung** und fährt in der genannten Ausgabe des *Cicero* fort:

"Was also folgere ich aus dem bislang in diesem Beitrag Aufgereihten? Die Strukturprobleme werden Spanien, Italien und Frankreich, einen nach den anderen, an die Wand drücken. Sie werden wahrscheinlich in dieser Reihenfolge Hilfe erbitten müssen.

Frau Merkel mit ihren blinden Terrakottasoldaten im Gefolge, nicht nur aus ihrer Partei, wird sie solange gewähren lassen, bis Deutschland selbst am Ende sein wird. Und welche andere Rettungsstation bleibe uns dann wohl noch außer China?

Doch gemacht! So weit wird es nicht kommen. Noch bevor es eine Rettungsaktion für Italien gibt, werden wir einen gewaltigen Knall, so etwas wie einen währungspolitischen Urknall erleben, mit dem das Eurokartenhäus in sich zusammenfällt. Doch zur großen Verwunderung aller wird sich bei der Sichtung der Reste ergeben, dass die im Tresor gelagerten Werte und Substanzen erhalten sind, und dass sich aus ihnen gesundes Neues gestalten lässt.

Aus dieser Erkenntnis schöpfend entwickle ich den verwegenen klingenden Vorschlag, dass das nach Größe und Struktur am besten ausgestattete Land, und das ist in Europa nun einmal Deutschland, nicht länger auf Godot, also darauf warten sollte, bis sich Griechenland und dann peu a' peu, auch weitere Staaten aus dem Euro verabschieden müssen. Stattdessen sollten wir uns selbst aus dem Gewürge lösen, eine neue Währung kreieren und hierzu die Staaten und Völker gleicher Struktur und Gesinnung einladen. Zu diesen zähle ich die skandinavischen Länder, die Niederlande, Österreich selbstredend, aber auch die Schweiz würde unter diesen Umständen daran Gefallen finden, sich solch einem Gebilde anzuschließen, denken und handeln doch die alten Eidgenossen ebenso stabilitätsorientiert und industriepolitisch wie wir und bewegen sich dabei auf höchstem Niveau.

Ja, und die Franzosen, bitte schön, auch, aber nur dann, wenn sie sich den stringenteren Regeln der neuen Gemeinschaft unterwerfen.

Um Deutschland ist mir dabei nicht bange. Eine neue Währung, wie immer sie auch aussehen oder heißen mag, wird zwar die während der Euroherrschaft unterbliebene Aufwertung gegenüber den anderen, im Euroverbund verbleibenden Ländern nachholen müssen. In dieser Phase wird die deutsche Industrie hart zu kämpfen haben, doch sie wird sich durchbeißen und diese Belastung wie weiland zu Bretton-Woods-Zeiten, auch als Chance nutzen, ihre Produkte zu modernisieren, ihre Qualität zu verbessern und dabei gleichzeitig ihre Produktivität zu erhöhen. Ein solcher Gang würde auch nicht nationaler Überheblichkeit entspringen, sondern wäre zunächst ohnehin nur ein Notausstieg.

Das sogenannte ' Vereinte' Europa oder gar die Vereinigten Staaten von Europa bleiben dabei auf der Strecke. Aber was für ein Europa wäre ein solches Gebilde überhaupt? Das Europa der Brüsseler Technokraten, die aus einem Gewirr endloser Knäuel ein Europa hunderttausendfacher Reglements stricken? Oder das Europa, dessen Interessen von den in erster Linie auf die Wahrung nationaler Belange bedachten Regierungschefs immer erst dann in Betracht gezogen werden, nachdem sie sich gegenseitig über den Tisch gezogen haben? Oder das Europa der Wunsch- und Wahnvorstellungen, die sich in den Köpfen der Bürger nach den Feiertagsreden der Berufseuropäer gebildet haben ? (...)

Kehren wir also zur EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zurück. Das war die richtige Einrichtung, weil sie es den einzelnen Ländern ermöglichte, freien und friedlichen Handel miteinander zu treiben und ein jedes Volk nach seiner Fassung glücklich werden zu lassen. Und dies jeweils auf eigene Kosten (...)

Ist das, was ich mir zusammengedacht habe, nur ein Hirngespinnst? Sicherlich ist der Gedanke insoweit eine Utopie, unsere Regierung vermöchte die Initiative entwickeln

und die Tatkraft aufbringen, eine solche Lösung anzustreben. Darum also wird das Spektakel - so wie bislang geübt, aber noch zusätzlich durch wachsende feindselige Emotionen angeheizt - weitergehen, bis es zu dem von mir genannten Knall kommt. Das sich danach entwickelnde Gebilde wird zwar eher von Zufälligkeiten gestaltet sein, aber es wird um ein Vielfaches besser werden, als das vom unglückseligen Homunkulus Euro geprägte jemals werden kann."

Dem finnischen Minister Tuomioja ist zuzustimmen, wenn er erklärt: *"Die Gemeinschaftswährung ist wie eine Zwangsjacke, die Millionen Menschen in Not bringt und die Zukunft Europas zerstört. Aber niemand in Europa will der erste sein, der aus dem Euro aussteigt und die ganz Schuld auf sich zieht."* Sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht sich dafür aus, das Faß ohne Boden für die deutschen Steuerzahler endlich zu schließen. Auch Prof. Dr. Wilhelm Hankel, einer der Karlsruher Kläger gegen den Euro, sagt: *"Wenn man eine neue Währung einführt, die nichts taugt, dann kann man sie auch wieder abschaffen. Die ganze Geldgeschichte ist voll von liquidierten Währungen, die nichts getaugt haben. (...) Deutschland kann nicht weiter fortfahren für bail-outs zu bezahlen, ohne selbst bankrott zu werden."*

Weltweit steht Angela Merkels Rolle in der Eurokrise unter wachsender Kritik, wobei unterschiedliche Meinungen aufeinander prallen. Die Aufregung kommt nicht von ungefähr. Lange war die europäische Schuldenkrise eine Krise der sogenannten Peripheriestaaten wie Griechenland, Spanien oder Portugal. Dieser Gedanke ist aber spätestens nicht mehr haltbar, seit Italien unter seinem Schuldenberg zu ersticken droht und auch Frankreich ins Visier von Ratingagenturen geraten ist.

Die Alarmzeichen häufen sich: So kündigte die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit OECD für dieses Jahr eine europäische Rezension an und bezeichnete die Eurozone als das größte Schlüsselrisiko für die Weltwirtschaft. Die amerikanische Ratingagentur Moodys drohte bereits, kein EU-Staat sei mehr vor einer Herabstufung seiner Top-Bonität gefeit.

Das beunruhigt auch die Amerikaner. *"Aus einer kleinen griechischen Schuldenkrise ist eine vollwertige europäische Seuche geworden"*, formuliert Joe Nocera, Kolumnist der *New York Times*. *"Verstehen die Deutschen nicht, dass ein Zusammenbruch der Eurozone, der vor einem Jahr undenkbar war und jetzt vielleicht unvermeidbar ist, die Deutschen mehr treffen wird als Griechenland?"* Er plädiert dafür, hochverschuldete Länder zu retten. Das sieht auch Polens Außenminister Sikorski so: Deutschland sei der größte Profiteur des Euro und kein unschuldiges Opfer der derzeitigen Schuldenkrise.

Altbundeskanzler Helmut Kohl soll angeblich den Kurs seiner Nachfolgerin als *"sehr gefährlich"* bezeichnet haben. Das berichtet der *Spiegel* unter Berufung auf ein Ge-

sprach Kohls mit einem Vertrauten. Dabei habe der frühere CDU-Vorsitzende mit Blick auf Merkel auch gesagt: *"Die macht mir mein Europa kaputt."* Kohl selbst dezenterte den Bericht als *"frei erfunden"*. Zugleich sagte er der *Bild-* Zeitung, er sei *"besorgt über die Entwicklung in Europa und des Euro"*. Es sei dringend notwendig, dass die derzeitige Lage nicht als Strukturkrise des Euro verstanden und diskutiert werde, sondern als *"Ergebnis hausgemachter Fehler"* Europas und der Nationalstaaten.

Nach *Tagesspiegel-* Informationen übt Kohl bei seinen Unterredungen mit Besuchern regelmäßig und oftmals in scharfer Form Kritik an Merkels europapolitischem Kurs. Für ihn sei nicht ersichtlich, wohin Merkel mit Europa wolle, berichten Eingeweihte. Außerdem werfe der Altkanzler Merkel vor, das deutsch-französische Verhältnis als *"Schlüssel für alle Weichenstellungen in Europa"* zu vernachlässigen.

Kohls früherer außenpolitischer Berater Horst Teltschik ging ebenfalls mit der Kanzlerin ins Gericht. Dem *Tagesspiegel* sagte Teltschik: *"Sie entwickelt keine Vorstellung von der Zukunft Europas, obwohl das gerade jetzt notwendig wäre. Auf die systemische Krise muss Europa eine systemische Antwort finden. Es ist doch offensichtlich, dass wir eine gemeinsame europäische Haushalts-, Schulden- und Finanzpolitik brauchen."*

Auch der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer mißbilligt Merkels Europa-Politik. Er wirft der Kanzlerin vor, europafeindliche Tendenzen zu schüren. In der Schuldenkrise fahre die Kanzlerin auf Sicht - ohne zu sagen, wohin die Reise gehen soll, sagte Fischer der Zeitung *Bild am Sonntag*. *"Das verunsichert das Volk und schürt sehr gefährliche antieuropäische Stimmungen."* *"Die Verantwortung dafür trägt zu einem erheblichen Teil die Kanzlerin."* Der Bundesregierung hielt er vor, in der Krise zu unentschlossen und rein nach nationalen Interessen zu agieren. *"Die Regierung läuft der Entwicklung hinterher, sie handelt krisen- und nicht strategiegetrieben. Am Ende kommt dann meist die teuerste Variante heraus"*, sagte Fischer. Zugleich warnte er vor einer Isolation Deutschlands in Europa. *"Wer meint, Deutschland könne eine große Schweiz abgeben, steht wie der träumende Ochse vor der verschlossenen Tür, bis er zum Metzger geführt wird"*, sagte er. Seinen Worten zufolge droht Merkel mit ihrer Europa-Politik auch im Inland ins Abseits zu geraten. *"Mit ihrer Politik des Nichterklärens und der Strategie der Hintertür gefährdet sie ihre Mehrheit im Bundestag. Das trägt nicht mehr lange"*, sagte Fischer.

Nun hat auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt im *Handelsblatt* mit Angela Merkel und ihrem Versagen bei der Eurokrise abgerechnet. Er geht mit ihr hart ins Gericht und wirft ihr Unfähigkeit vor: *"Wir brauchen Personen in den Spitzenämtern, die ein Verständnis von der heutigen Wirtschaft haben."*

Ebenso aufschlußreich wie zutreffend ist der Beitrag von Thilo Bode "Wir sollten die Wahl haben dürfen" in der FAZ vom 02.09.2012, in dem es u.a. heißt:

"Wer den Austritt aus der Währungsunion will, wird als Europagegner, gar als Reaktionsär, beschimpft. Das trifft vor allem Politiker - was aber ihre Wähler wirklich wollen, kümmert keinen.(...)"

Für Angela Merkel und die CDU/CSU geht es zuvorderst um dem Machterhalt und den Gewinn der nächsten Wahl. Schon aus diesem Grund ist ihre Strategie optimal. Die Kanzlerin präsentiert sich als Beschützerin des deutschen Steuerzahlers und wehrt sich verbal gegen die Versuche seitens der Mehrheit der Eurozonen-Mitglieder, noch mehr deutsches Geld für Rettungsschirme auszugeben. Gleichzeitig signalisiert sie, alles zu tun - das heißt eben auch koste es, was es wolle - um den Euro zu retten. Warum sollte Angela Merkel diese Strategie ändern? Warum sollte sie beispielsweise für eine Insolvenz Griechenlands plädieren, obgleich dieses kleine Land wohl niemals in der Lage sein wird, den gewaltigen Schuldenstand von 180 Prozent des gesamten Volkseinkommens aus eigener Kraft abzubauen.

Diese schlichte Wahrheit zuzugeben wäre politischer Selbstmord für die Kanzlerin. Mit einem Schlage würde offensichtlich, dass die öffentlichen Beschwichtigungen, das Geld für die Rettungsschirme würde nur als Garantien gegeben, die Wähler getäuscht zu haben.

Wolfgang Schäubles großspurig verkündete Haushaltskonsolidierung würde sich als Luftbuchung erweisen, die Staatsverschuldung in die Höhe schnellen und die Bürger wären um neunzig Milliarden ärmer."

Erstmals meldete sich das Deutsche Handwerk in der Euro-Debatte zu Wort und appellierte an die Bundesregierung, für die Rettung nicht jeden Preis zu zahlen. "Die Stabilisierung der Währungsunion ist kein Ziel an sich, das ungeachtet aller damit verbundenen Kosten verfolgt werden kann und darf", schrieb Verbandspräsident Otto Kenzler in einem Positionspapier, das dem Handelsblatt vorliegt. Und weiter: "Es ist den Bürgern und Unternehmen nicht zuzumuten, im Ergebnis staatlicher Garantien, im Rahmen von Euro-Bonds oder Altschuldentilgungsfonds, für die politischen Fehlentscheidungen anderer Staaten haften zu müssen - ohne Hoffnung auf tatsächliche Besserung. Die Refinanzierung des dauerhaften Rettungsschirmes ESM durch die EZB berge laut dem Papier massive Gefahren für die Funktionsfähigkeit der Währungsunion insgesamt."

SPD und Grüne kritisieren die Politik der Kanzlerin in der Eurokrise zwar pro forma. In Wahrheit unterstützen sie jedoch das unbegrenzte Schuldenmachen.

Und die deutsche Großindustrie will die Eurozone um jeden Preis in ihrem jetzigen Umfang erhalten. Die unveränderbaren Wechselkurse haben ihr bei deutscher Lohnzurückhaltung einen Wettbewerbsvorteil in der Währungsunion und permanente Exportüberschüsse beschert.

Der bereits begonnene Wahlkampf ähnelt deshalb eher einer Posse. Regierung und Opposition werden die gleiche Politik in unterschiedlicher Verpackung und wechselseitiger Beschimpfung des politischen Gegners zu verkaufen suchen. Das bedeutet aber auch, dass sich die Demokratie bei der Lösung des wichtigsten politischen Problems der Gegenwart außen vor befindet. Denn es gibt nichts mehr zu wählen. Wahltaktik und Machtstreben verhindern die Wahl zwischen echten Alternativen. Der Bürger wird nicht nur enteignet, er wird auch noch entmachtet.

Den britischen Europa-Abgeordneten und Parteivorsitzenden der UKIP, Nigel Farage, bekannt dafür, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, erinnert die Euro-Rettung an einen britischen Comedy Klassiker "Carry On Up The Khyber" (deutsch: "Alles unter Kontrolle - keiner blickt durch"). In einer kürzlichen Wortmeldung vor dem Europa-Parlament sagte er: *"Sie sind entschlossen aber wahnsinnig in Ihrem Versuch, den Euro weiter am Leben zu erhalten. Und während sie Ihr Abendessen genießen, fliegen Ihnen die Kugeln nur so um die Ohren."*

In der Fernseh-Diskussion mit Oscar Lafontaine am *Swiss Economic Forum* am 11. Juni 2012 stimmten beide darin überein, dass es mit der Europa-Politik so nicht weitergehen darf. Lafontaine erklärte, dass man von den Menschen in Griechenland und Spanien zu hören bekäme, sie wollen nicht, dass Deutschland diktiert, was in Europa passiert. Ausdrücklich begrüßte er, dass der französische Präsident sich gegen die deutsche Politik stellt und sagte, wir können diesen Weg nicht weitergehen, sonst werden wir in Europa Revolutionen haben. Lafontaine wies darauf hin, dass in Griechenland und in Spanien 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos seien. *"Wenn die Jugend keine Zukunft hat, dann m u s s sie das System, welches dafür verantwortlich ist, infrage stellen."*

Die letzten Wochen und Monate zeigen eindrucksvoll, dass die sozialen Unruhen in der Euro-Zone dramatisch zunehmen und bereits die Besorgnis geäußert wird, es bestehe die Gefahr von Bürgerkriegen. Innerhalb einer Woche erlebten wir zornige Griechen und zornige Spanier in heftigen Gefechten mit Polizeieinheiten. Auffallend an der aktuellen Situation ist, dass es sich dabei zunehmend um "normale", aber bis aufs Blut gereizte Bürgerinnen und Bürger handelt.

In Italien hatten am 27. Oktober nach Angaben der Organisatoren 150 000 Menschen gegen die Kürzungspolitik der Regierung Mario Monti und gegen die EU-Politik protestiert. *"Vereint mit einem rebellischen Europa - jagen wir die Regierung Monti"*

davon", skandierten die Teilnehmer. Nach den Worten von Giorgio Chremaschi, Sprecher des italienischen Bündnisses "No Debito", das sich für die Streichung der Staatsschulden einsetzt, reißt die Politik der Regierung Monti das Land in den Abgrund. Immer lauter werden die Rufe nach einem "europäischen Generalstreik" gegen das soziale, wirtschaftliche und politische Desaster.

Erstmals in der Geschichte hat Europa am 14. November 2012 einen länderübergreifenden Generalstreik erlebt. Unter der Losung "Gemeinsam sind wir stärker als die Troika !" waren die Gewerkschaften und Bürger aufgerufen, auf den gemeinsamen Generalstreik hinzuwirken, in den auch die für den 17. November geplanten weltweiten Bildungsproteste mit einbezogen wurden.

Der Bürgermeister der sizilianischen Hauptstadt Palermo erklärte, seine Stadt sei de facto bankrott. Wegen der explosiven Mischung aus der Verzweiflung vieler Familien und dem Würgegriff der organisierten Kriminalität könnte sogar ein Bürgerkrieg ausbrechen, erklärte er im *Wirtschaftsblatt*.

Noch vor ein paar Jahren hätte man nicht im Traum an einen Bürgerkrieg in Ländern wie Italien, Griechenland oder Spanien gedacht. Jetzt aber kommen auf einmal solche Warnungen aus mehreren Quellen, und sie erschüttern den festen Glauben an eine friedliche Zukunft Europas. Nach Meinung von Experten stehen wir kurz davor, dass es in den genannten Ländern zum Bürgerkrieg kommt.

Der Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Berater der Europäischen Kommission und der Weltbank zu Beschäftigungsfragen, Klaus F. Zimmermann, hält soziale Unruhen infolge einer weiteren Zuspitzung der Euro-Krise für ein realistisches Szenario. Im Interview mit *Handelsblatt-Online* teilt Zimmermann ausdrücklich die Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dass eine womöglich steigende Erwerbslosigkeit Unruhen in der Euro-Zone auslösen könne. Was der Bürgermeister von Palermo für Süditalien befürchtet, prognostiziert der Zukunftsforscher Klaus F. Zimmermann für ganz Südeuropa.

Auch der griechische Ministerpräsident zeichnet im Falle eines Ausscheidens seines Landes aus der Euro-Zone ein Szenario, wie es düster nicht sein kann. Der griechische Lebensstandard sei in den vergangenen drei Jahren um etwa 35 Prozent gesunken und eine Rückkehr zur Drachme würde diesen sogar noch um weitere 70 Prozent herabsetzen. Dies würde die griechische Demokratie vor eine Zerreißprobe stellen. *"Am Ende wäre es wie in der Weimarer Republik"*, sagte er.

In dem am 31.10.2012 im Athener Parlament eingereichten Haushalt für 2013 rechnet das Kabinett mit einem Staatsdefizit von 5,2 Prozent. Im vorläufigen Budgetentwurf war die Regierung noch von einem Fehlbetrag von 4,2 Prozent ausgegangen. Angesichts der revidierten Zahlen dürfte die Gesamtverschuldung Griechenlands im kom-

menden Jahr von 175,6 Prozent auf 189,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen. Damit erhöht sich der Schuldenstand auf 346,2 Milliarden Euro - und das BIP schrumpft stärker als zunächst prognostiziert.

Die im Euro-Raum laut Statistik bereits zweithöchste Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Erst im Juli hatte deren offizielle Quote in Griechenland mit 25,1 Prozent einen neuen Höchststand erreicht. Die Regierung verhandelt derzeit mit der Troika über ein weiteres Kürzungsprogramm in Höhe von 13,5 Milliarden Euro. Die Maßnahmen sind Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Tranche aus dem Rettungspaket.

Informationen zufolge formieren sich in Griechenland bereits erste bewaffnete Bürgerwehren. Einige wollen die Bekämpfung der dramatisch steigenden Kriminalität in die eigenen Hände nehmen, wozu auch die Anschaffung von Schusswaffen durch besorgte Hauseigentümer gehört. Andere sprechen ganz offen davon, dass ihr Ziel der gewaltsame Aufstand gegen die Regierung ist.

In diesem Zusammenhang verdient die Pressemeldung *By europolice on 25.Oktober 2012* besondere Aufmerksamkeit und Wachsamkeit aller Demokraten, wonach das in Ulm stationierte Bundeswehrkommando in Potsdam den Ernstfall einer EU-Militärmission trainiert. Dieses Bundeswehrkommando ist als Führungsmannschaft vorgesehen und spielt im Auftrag der EU die Krisenreaktionsübung Multi Layer 2012 durch. Die Ulmer Truppe bildet das einzige Kommando in Europa, das voll besetzt auf einen Einsatzbefehl wartet, von der EU, vielleicht auch bald von der NATO, und abgesegnet vom Bundestag. Lange war hinter den Kulissen darüber nachgedacht worden, ob ein solches Hauptquartier nicht zentral bei der EU in Brüssel angesiedelt werden müsste. Darauf konnten sich die Staaten nicht einigen. Deshalb steht das Ulmer Kommando Gewehr bei Fuß für den Fall, dass die EU ruft.

Auf noch etwas Wesentliches weisen Experten heute schon hin: Wenn in Südeuropa Unruhen ausbrechen, werden sie über ganz Europa hinweggefegen wie ein Feuer-Tornado.

In einer am 30.10.2012 veröffentlichten Erklärung unterstützen die kommunistischen Parteien Deutschlands, Luxemburgs, der Niederlande und Belgiens die angekündigten Arbeiterproteste in mehreren EU-Mitgliedsstaaten. Sie erklären ihre volle Unterstützung für die Streiks und anderen Massenaktionen der Arbeiterklasse am 14. November.

In Griechenland haben die Gewerkschaften zu einem 48stündigen Generalstreik am 6. und 7. November aufgerufen.

Angesichts der Starrköpfigkeit europäischer Politiker, die auch weiterhin das Gegenteil von dem tun, was sie tun müssten, um die Krise hinter sich lassen zu können,

werden die sozialen Unruhen noch viel heftiger werden. Und sie würden sich dann wie ein Ölteppich in Richtung Norden ausbreiten.

Dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, ist zuzustimmen, wenn er aktuell sagt: *"Unruhen sehe ich nicht."* Wenn es der Bundesregierung aber nicht gelinge, mit ihrem Konjunkturprogramm zugleich ein deutliches Zeichen für soziale Gerechtigkeit zu setzen, werde Politikverdrossenheit einsetzen. In diesem Fall würden sich die Menschen vom demokratischen System abwenden und sich von radikalen Kräften einfangen lassen. Dann könne es zu einer politischen Krise kommen. *"Diese Gefahr ist weitaus größer und gefährlicher, als Unruhen auf den Straßen"*, sagte Schneider. (Es ist nicht zu übersehen, dass die Neo-Nazis und ihre Hintermänner in Nadelstreifen sich systematisch und planmäßig auf eine solche innenpolitische Entwicklung vorbereiten.)

Auch wenn es in der BRD derzeit noch keine konkreten Anzeichen für soziale Unruhen gibt, mehren sich die Widerstandsaktionen der deutschen Bevölkerung gegen die Regierungspolitik in fast schon dramatischer Weise. Streiks, Demonstrationen, entschlossene Gegenwehr von Demonstranten gegen eingesetzte Polizeieinheiten, Unterschriftensammlungen, Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und Kampagnen der verschiedensten Art zeugen von der Unzufriedenheit und Wut sehr vieler Bundesbürger. Wenn wir, wie beispielsweise in Frankreich, kämpferische Gewerkschaften hätten, deren führende Funktionäre als Mitglieder von Aufsichtsräten und Geschäftsleitungen von Konzern und Betrieben nicht immer wieder beruhigend auf die Stimmung in den Betrieben einwirken würden, dann hätten sich bestimmt schon Millionen Bundesbürger an einem Generalstreik beteiligt.

Der rheinland-pfälzische Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) will das alles nicht mehr hinnehmen und hat die Kampagne "Handlungsfähiges Rheinland-Pfalz" gestartet. Die *"reine Sparpolitik führt in die Sackgasse"*, sagte Landesschef Dietmar Muscheid. Nach seinen Angaben stehen die Kommunen im Land mit rund 17 Milliarden Euro in der Kreide. Marode Straßen, fehlende Erzieher und Kürzungen bei Schwimmbädern, Theatern und Büchereien gehören mittlerweile zum Alltag. Woran es fehlt, sei ein vernetzter Protest und das Bewußtsein, dass die Zumutungen vor Ort Teil eines Großen und Ganzen sind.

Mit dem Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat man sich einen prominenten Botschafter ins Boot geholt. Dieser plädierte am 29. Oktober 2012 für eine Finanztransaktionssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz sowie eine Vermögenssteuer. Geißlers Bekenntnis: *"Es gibt Geld wie Dreck auf der Welt. Es haben nur die falschen Leute."*

Mit diesen und ähnlichen Äußerungen nimmt eine Debatte um die Folgen der Wirtschaftskrise für das gesellschaftliche System in Deutschland Fahrt auf. Forscher halten soziale Unruhen und Proteste in Deutschland zwar nicht grundsätzlich für ausgeschlossen, glauben aber, es müssten dazu verschiedene Faktoren zusammentreffen. Unter anderem müssten die Menschen eindeutig Schuldige für eine als schlecht empfundene Situation ausmachen können. Letzteres dürfte angesichts der brutalen Zerschlagung des Sozialstaates BRD und der Verarmungs- und Katastrophenpolitik der Bundesregierung, deren Zeugen und Opfer wir tagtäglich sind, nicht schwer sein.

Wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Meinung vertritt, dass sich die "Vereinigten Staaten von Europa" nur in einer Krise realisieren lassen, dann möge er doch endlich begreifen, dass wir mit seiner und der Kanzlerin tatkräftiger Hilfe dabei sind, diese Krise zu Lasten der Völker Europas weiter zu verschärfen. Damit wird Europa letztlich in Bürgerkriege getrieben, die uns ohne diese Brüsseler EU und ohne das Euro-Experiment erspart bleiben würden.

Der slowakische Leser Dr. phil. Michel Dienes sieht das in seinem Leserbrief im *RotFuchs*, Ausgabe November 2012, wie folgt:

"Die europäische Union ist eine räuberische Organisation. Elegant, hoch entwickelt und mit menschlichem Antlitz stahlen und nahmen sie uns alles: Unsere altetablierten Fabriken, unsere Landwirtschaft und unsere gesunden Lebensmittel, unsere menschlichen Wurzeln, unsere Geschichte, unsere Sprache, unsere Bildung, unsere Kultur und unsere Traditionen.

Wir bemerken es am Ausverkauf unserer Felder und Wälder, auch unseres Wassers. Und wenn alles verkauft sein wird, erst dann werden wir unendlich frei sein. Dann können wir bis auf die Haut entblößt und mit der Euro-Flagge in der Hand durch ganz Europa ziehen.

Aber freier Eintritt in Wälder und Wasserentnahme aus dem Brunnen sind schon jetzt eine Straftat. Denn diese Freiheiten hatten sich die Kommunisten ausgedacht.

Der Euro ist nur der Anfang vom Ende. In Wahrheit haben wir bereits die Euro-Schlinge ganz fest um unsere freiheitlichen und sehr demokratischen Hälse. Und jede - auch die ungewollte - Bewegung lässt die Schlinge immer enger werden. Ohne genügend Sauerstoff aber fällt das Atmen schwer."

Es beweist sich einmal mehr, dass die Politikerkaste der Euro-Zone untauglich ist, weil sie (mit Ausnahmen) nur an sich, ihre Pfründe und ihr eigenes Wohlergehen denkt und die Verfassungen ihrer Länder, unbequeme internationale Verträge sowie den Inhalt ihrer Eidesformeln bei Amtseinführung mit Füßen treten.

Wie sich zum Beispiel ein "Volksvertreter" der SPD wie Peer Steinbrück, der die Zerschlagung des Sozialstaates und alle Maßnahmen der Verarmung unserer Bevölkerung als früherer Bundesfinanzminister mit auf den Weg gebracht und als Mitglied des Bundestages beschlossen hat, während er selbst in den vergangenen vier Jahren neben seinen üppigen Abgeordneten-Diäten insgesamt 1,25 Millionen für Vorträge, weitere rund 550.000 Euro Buchhonorare und 115.000 Euro Vergütung für sein Aufsichtsratsmandat bei Thyssen-Krupp, also nach *Focus*-Berechnungen insgesamt rund 2 Millionen Euro eingestrichen hat, zum Kanzlerkandidaten der Partei für "die kleinen Leute" eignen soll, bleibt wohl das Geheimnis der SPD-Führung.

Unterdessen zieht die Bundeskanzlerin, unterstützt von ihren auf das Abnicken getrimmten Gesinnungsfreunden im Bundestag, weiter eine Schneise der Verwüstung durch Europa. Angela Merkel ist mittlerweile in Europa zur Symbolfigur für Sozialabbau geworden. Ihre Politik ist unverantwortlich und erweist sich zunehmend als kriminell.

Erinnern wir uns:

- an die sofortige 400 Milliarden-Zusage an die USA gleich zu Beginn der Finanzkrise zur Rettung krimineller anglo-amerikanischer "Zockerbanken". Frau Merkel und Herr Ackermann haben dies ohne vorherige Information oder Genehmigung des Deutschen Bundestages durchgezogen,
- an die später mit Hilfe eines irregeleiteten Deutschen Bundestages an Griechenland versprochenen Bürgschaftsgelder über 250 Milliarden, die wir mit großer Wahrscheinlichkeit nie wieder zurückbekommen werden,
- an die versprochenen 270 Milliarden Rettungsschirmgelder für weitere europäische Zockerbanken in Spanien, Portugal und Frankreich,
- an die noch einmal auf 750 Milliarden aufgestockten Rettungsschirmgelder für europäische Pleite-Staaten.

Dies alles mit der Lüge garniert: *"Diese Maßnahmen sind alternativlos."*

Die Plünder-Politik dieser Regierung kennt einfach keine Grenzen. Sie kennt nur die weitere Ausplünderung unseres Staates und seiner Bevölkerung. (...)

"Die Geschichte der Finanzwelt ist voll von Ereignissen, in denen sich in atemberaubender Geschwindigkeit Undenkbares zu Unvermeidlichem verändert hat", schreibt nun auch der *Economist*. Das Risiko steigt momentan weiter an, dass ein Auseinanderbrechen der Eurozone bald zu einem solchen unvermeidbaren Ereignis mit dem folgenden Crash wird. Dafür bezahlen müssen in jedem Fall die Bundesbürger, und zwar mit dem einzigen Wert, den die Bundesregierung noch im Visier hat - den Er-

sparnissen der Bürger. Da locken mehr als **4,8 Billionen** Euro der Deutschen, mit denen die Kanzlerin nun pokert.

Die Wirtschaftsberater der britischen Regierung haben erklärt, dass der Euro vor dem offenkundigen Kollaps steht. Und die Sparguthaben der Bürger würden sich dann in Nichts auflösen. Zu verdanken hätten die Deutschen das dann vor allem Angela Merkel.

Deutsche Sparer bekommen unterdessen Hiobsbotschaften. Ein Beispiel:

Ein Urteil des Landgerichts Berlin sorgt für Aufregung: Anleger können bei einer Bankpleite künftig nur noch maximal eine Entschädigung in Höhe der gesetzlichen Eigensicherung gerichtlich einklagen. Auf die weiteren üppigen Versprechen des freiwilligen Einlagenschutzes der Banken gibt es dagegen jetzt keinen Rechtsanspruch mehr.

Die Frage, die Millionen Bundesbürger bewegt, lautet derzeit nur noch: Wie bringt man seine Ersparnisse vor der unser aller Vermögen vernichtenden Kanzlerin und ihren Gesinnungsfreunden in Sicherheit? Als der Discounter "Lidl" am 22. Oktober 2012 eine 100-Euro-Goldmünze "Würzburg" für 559 Euro anbot, war diese binnen Minuten ausverkauft.

Die vergangenen Jahre nähren den Verdacht, dass Armut für Dreiviertel unserer Bevölkerung das langfristig einkalkulierte Ziel der Merkel-Regierung bleibt.

Betrachten wir nur einmal das Ergebnis der Politik dieser Regierung in den letzten Monaten:

- Mietsteigerungen in den Ballungszentren wie München bis zu 20 Prozent
- Preissteigerungen bei den Bäckern ebenfalls nahe 20 Prozent
- Satte Preissteigerungen bei vielen anderen Lebensmitteln
- Satte Preissteigerungen bei den Versicherungen
- Satte Preissteigerungen im Gesundheitsbereich und
- Satte Preissteigerungen beim Strom- und Bezinpreis.

Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich im Jahresvergleich auf einem unverändert hohen Niveau. Erstmals seit 2010 ist im Oktober 2012 Ihre Anzahl im Vorjahresvergleich wieder gestiegen.

Prof. Gerd Bosbach kritisiert, dass der Einfluss der Politik stark in die Ministerien und untergeordneten Behörden hineingeht und sagt:

"Nehmen wir die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Ihre Bemessungsgrundlage wurde seit Mitte der 80er Jahre 17 Mal (!) geändert - 16 der Änderungen führten zu niedrigeren offiziellen Arbeitslosenzahlen.

Insgesamt stehen heute den 2,7 Millionen offiziellen Arbeitslosen über fünf Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld I und II gegenüber. Und auch die 4,9 Millionen registrierten Arbeitssuchenden sprechen deutlich gegen die offizielle Darstellung. Die 'Stille Reserve' von etwa 1,2 Millionen komplettiert das traurige Bild, wohl eher im Interesse der Regierenden.

Auch bei der Demographie wird kräftig getäuscht. Vorne dabei ist leider auch das Statistische Bundesamt, das immer wieder zu manipulierenden Darstellungen greift."

Die Schuldenkrise hat die Erwerbslosigkeit in der Euro-Zone auf ein Rekordhoch getrieben. Im September waren in den 17 Ländern des Währungsraumes fast 18,5 Millionen Menschen ohne Job, wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 31.10.2012 mitteilte. Die Erwerbslosenquote erreichte damit einen Höchststand von 11,6 Prozent, nach 11,5 Prozent im August. Im September hatte sie bei 10,3 Prozent gelegen.

Die über 400.000 deutschen Senioren, die laut alarmierenden Pressemeldungen von Ende Oktober 2012 ihre Pflege nicht mehr selbst bezahlen können, gehören überwiegend zu den Generationen der "Trümmerfrauen", die nach dem II. Weltkrieg die Trümmer beseitigt, dabei durch Hunger und körperliche Überanstrengung oft ihre Gesundheit ruiniert und unter unsagbar schwierigen Bedingungen allein Kinder groß gezogen haben.

Dafür, dass diese heute alten Menschen infolge der Politik der Bundesregierung Gefahr laufen, durch ihre Pflegebedürftigkeit in Armut abzurutschen bzw. aus Kostengründen nicht mehr in ihrer Heimat gepflegt, sondern in ausländische Pflegeheime, z.B. nach Rumänien, verfrachtet zu werden, müsste Angela Merkel, die im Interesse ihres Machterhalts viele Milliarden Euro sinnlos aus dem Fenster wirft, sich in Grund und Boden schämen. Um der drohenden Altersarmut in ihrem reichen Heimatland zu entgehen, sind bereits Tausende deutsche Senioren ins günstigere Ausland (Osteuropa, Spanien oder gar Thailand) geflohen.

Der am 25. Oktober 2012 vorgestellte Sozialreport 2012 konstatiert eine hohe soziale Verunsicherung unter den Befragten. In fast allen Lebensbereichen überwiegen die Befürchtungen die Hoffnungen.

27 Prozent erwarten eine allgemeine Verschlechterung ihrer Lage, 39 Prozent meinen, es bleibe alles, wie es ist. Ein hoher Grad an Pessimismus herrscht bei den 50- bis 65jährigen (33 Prozent) sowie noch mehr bei den über 18jährigen vor.

Gefragt nach Faktoren wie unter anderem Berufsaussichten, Wohlstand, persönliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit stellt sich eine Vielzahl junger Menschen auf kommende Abstriche ein. Beispielsweise meinen drei von vieren, ihre soziale Absicherung im Alter werde mit jener der heutigen Rentnergeneration nicht mithalten können.

Zunehmend mehr Menschen im Osten Deutschlands fühlen sich vom ökonomischen Fortschritt abgekoppelt. Ursachen sind der Anstieg von Altersarmut, prekäre Arbeitsverhältnisse sowie Ost-West-Ungleichheiten bei Mindestlohn, Einkommen und Renten. Es ist offensichtlich, dass der "Wirtschaftsaufschwung" die Bürger mehrheitlich nicht wirklich erreicht. Lediglich 13 Prozent der Ostdeutschen erwarten Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage in den nächsten fünf Jahren, 39 Prozent Verschlechterungen. 34 Prozent ging es vor fünf Jahren besser als heute.

Das alles schmälert weiter das Vertrauen in die Politik und demokratische Institutionen. Zufrieden mit dem Stand der Demokratieentwicklung sind gerade einmal 16 Prozent. (...)

Hans Fricke

Hans Fricke ist Autor des 2010 im GNN-Verlag erschienenen Buches "Eine feine Gesellschaft" - Jubiläumsjahre und ihre Tücken - 1949 bis 2010, 250 Seiten, ISBN 978-3-89819-341-2

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen: Pressemitteilung: »Was erlauben Grüne?«

Am 19.11.2012 haben die EU-Außenminister den Beschluss gefasst, die Beziehungen zu Cuba zu normalisieren. Zu diesem Zweck wurde die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, beauftragt, mit der Regierung in Havanna ein bilaterales Abkommen auszuhandeln. Diese Maßnahme zielt unmittelbar auf die Abschaffung des anachronistischen »*Gemeinsamen Standpunktes*« der EU aus dem Jahr 1996⁶.

⁶ (siehe:http://eurlex.europa.eu/Notice.do?mode=dbl&lang=en&ihmlang=en&lng1=en_de&lng2=bg,cs,da,de,el,en,es,et,fi,fr,hu,it,lt,lv,mt,nl,pl,pt,ro,sk,sl,sv,&val=346617:cs&page=)

Dieser vor allem vom damaligen postfranquistischen spanischen Ministerpräsident Aznar initiierte »*Gemeinsame Standpunkt*« beinhaltet im Kern die Forderung nach dem Sturz des cubanischen Gesellschaftsmodells, also des Sozialismus, ehe gleichberechtigte Beziehungen aufgenommen würden. Ein weltweit einmaliger Vorgang, der von der Solidaritätsbewegung vehement bekämpft wird.

Wenn dieses Relikt des Kalten Krieges nun endlich im historischen Orkus verschwinden sollte, so wäre dies zu begrüßen.

Doch – Überraschung - nicht nur die fanatischen Konterrevolutionäre in Miami, Prag und Havanna laufen Sturm gegen solcherart diplomatische Entspannung. Auch die seit einer Woche im Wahlkampf befindliche Partei »Bündnis90/Die Grünen« reiht sich in diese Front ein. Vor wenigen Tagen wurde eine »*Kleine Anfrage*« von deren Bundestagsfraktion an die Bundesregierung bekannt. Titel: »*Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in Kuba*«⁷).

Herr Aznar und sein politischer Ziehvater Franco wären stolz auf das darin enthaltene Geschwalle. Das Papier liest sich wie ein Annex zum gerade auf dem Prüfstand stehenden »*Gemeinsamen Standpunkt*«. Es besteht aus einer Mischung aus böswilligen Unterstellungen und Verleumdungen (»*Mutwillige Verhaftungen (...) Gewaltanwendungen bei Inhaftierten (...) Willkür der kubanischen Regierung*« usw.), märchenhafter Quellenlage (»*Allein für den Monat März ist von 1.158 Verhaftungen die Rede*«) und schließlich aggressiver Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Unverhohlen wird von der Bundesregierung gefordert, die deutsche Botschaft in Havanna zu Aktivitäten außerhalb ihrer diplomatischen Aufgaben anzuweisen, einen zusätzlichen »*speziellen Verbindungsbeamten*« zur inneren Opposition einzusetzen und diese sowie weitere aggressive Maßnahmen auch auf EU-Ebene durchzusetzen.

Dass sich die Partei »Bündnis90/Die Grünen«, wenn es opportun erscheint, einen Teufel um das Völkerrecht schert, ist bekannt:

Als am 24. März 1999 im italienischen Piacenza deutsche Kampffjets gegen Jugoslawien starteten, war dies der erste Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg und ein Dambruch.

Der damalige SPD-Kanzler Schröder erklärte in einer TV-Ansprache am 24. März 1999: »*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden*

⁷ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711243.pdf>)

und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.«

Die Partei »Bündnis90/Die Grünen« erwies sich mit Außenminister Joseph Fischer an der Spitze als propagandistisches Schlachtross für das Gemetzel: *»Ich habe aus der Geschichte nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg, sondern auch: Nie wieder Auschwitz.«*

Seither hat diese Partei alle (mittlerweile wieder weltweiten) Kriegseinsätze der Bundeswehr mitgetragen. Aus *»Nie wieder Krieg«* wurde mit dieser Partei *»Nie wieder Krieg ohne uns«*. Dies alles unter dem Banner der »Menschenrechte«, wie sie diese Partei bestimmt. Diese Partei hat die Schrödersche »Agenda 2010« incl. der Einführung der Massenverarmungsgesetze »Harzt I-IV« aktiv mitgetragen und durchgesetzt, erweist sich auf allen Parlamentsebenen als willfährige Sachwalterin des Kapitalismus und damit als permanente Verletzerin der Menschenrechte.

Diese Damen und Herren haben nicht den Hauch einer Legitimation, gegenüber anderen Staaten als *»Kämpfer für die Menschenrechte«* aufzutreten. Mit ihrem offensichtlichen Wahlkampfmanöver wollen sie, gemäß der bei ihrem Hannoveraner Parteitag vom 17./18.11.2012 festgelegten Marschroute, im rechten Lager Stimmen fischen.

Sie sollen sich ihre Unterstützer holen, wo sie wollen, dabei jedoch ihre unerträgliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Cubas, das als armes Drittweltland jeden Tag mehr für die Menschenrechte tut, als es diese Partei »Bündnis90/Die Grünen« wahrhaben will, gefälligst einstellen. Wenn die Führung dieser Partei noch einen Funken Ehre im Leibe hätte, würde sie ihre *»Kleine Anfrage«* sofort zurückziehen und sich für diesen neokolonialistischen Vorstoß entschuldigen.

Damit ist jedoch angesichts ihrer oben skizzierten Geschichte kaum zu rechnen.

Es bleibt dabei: Solidarität mit Cuba – Schluss mit der Blockade durch USA, EU und BRD!

Im Namen der Menschenrechte: Freiheit für die MIAMI 5

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen

i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender

Hans Fricke. Es ist schlimmer als befürchtet

Die Aussage "Die Hälfte der Bevölkerung Amerikas hat für den amerikanischen Kriegsbrandstifter abgestimmt..." stimmt so nicht. Fünfzig Prozent der wahlberechtigten US-Bürger sind nicht zur Wahl gegangen. Aber immerhin haben ca. 25 Prozent für diesen Faschisten abgestimmt. Und unter den Demokraten sind auch noch genügend Kriegstreiber. Diese Rede dieses Faschisten sollte man in Russland in Millio-nenaufgabe vertreiben, damit die Völker Russland eindringlich mitbekommen, was der US-Imperialismus vorhat. Die Medien der ach so freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland werden sich hüten, ihre Bevölkerung über diese Rede in Kenntnis zu setzen!

Hans Fricke

Die Variante des „Dulles-Plans“ von Mitt Romney: Wir haben die UdSSR zerstört, und wir werden auch Rußland zerstören

Aus der Wahlrede des Präsidentschaftskandidaten der USA Mitt Romney. (Sept. 2012):

„Ladies and Gentleman!

Unser Ziel ist Rußland. Die heute in diesem Land vor sich gehenden Prozesse lassen uns vermuten, daß Rußland buchstäblich durch Herantasten versucht, für sich einen Ausweg aus der Krise zu finden. Dieses wilde Land, unter Leitung seines ständigen Präsidenten Putin, stellt nicht nur für die USA eine Bedrohung dar. Rußland ist eine Bedrohung für die ganze Menschheit.

Die halbherzigen Entscheidungen von Herrn Obama, der sich das Ziel setzte, Rußland mittels der Eskalation internationaler und interreligiöser Konflikte zu zerstören, haben nur dazu geführt, daß die Machthaber in dem Land die Schrauben fester angezogen haben. Heute hat Präsident Putin entschieden, die Freiheitsheldinnen, die musikalischen Göttinnen aus der Gruppe „Pussy Riot“ hinter Gitter zu bringen.

Heute begann er, unseren Freund, Herrn Nawalny, zu verfolgen, der nach der Zeitschrift „Foreign Policy“ auf der Liste der globalen Denker der Gegenwart steht. Er verfolgt ihn, weil Präsident Putin sich vor klugen Menschen fürchtet. Er fürchtet sich vor Amerika, und er fürchtet sich vor den Freunden Amerikas. Er fürchtet, daß Herr Nawalny ihm Konkurrenz machen und bei den Präsidentenwahlen siegen kann. Deshalb hat er sich das Ziel gesetzt, unseren Freund zu verhaften. Das können wir nicht zulassen. Nur Herr Nawalny ist fähig, Rußland die Freiheit und die Demokratie zu geben.

Unsere vordringlichste Aufgabe ist es, als Nation die Kampagne zu verstärken, die von der willensschwachen Regierung Obamas in Bezug auf Rußland durchgeführt wird. Unsere Aufgabe ist es, Rußland zu zwingen, sich von innen zu zerfressen, dabei müssen wir zur Verstärkung der Wirren und der Zwietracht innerhalb der Gesellschaft dieses Landes beitragen.

Wir werden die Russen zwingen, zu den Waffen zu greifen. Wir werden die Tschetschenen, die Tataren, die Baschkiren, die Dagestaner gegen die Russen aufbringen. Wir sind verpflichtet, sie zu zwingen, miteinander zu kämpfen. Wir sind verpflichtet, die Handlungen zu vervielfachen, die auf die Diskreditierung der orthodoxen Kirche in Rußland gerichtet sind. (...).

Und wenn nichts vom dem Obengenannten greifen und Erfolg haben wird, bleibt uns nichts anderes übrig, als diesem Land einem schnellen und siegreichen Krieg zu erklären.

Schnell, weil; nachdem wir drei Monate lang den Kauf von Gas und Erdöl bei diesem Land eingestellt haben werden, die Regierung des Präsidenten Putin nichts mehr hat, um das Gehalt für die Militärs zu bezahlen. Und wenn wir dann unsere Truppen in dieses Land einbringen werden, hat man niemanden mehr, um es zu schützen.

Warum? Weil wir bei den Russen seit langem den Geist des Patriotismus vernichtet haben, sie in eine Nation böser, kleinlicher und neidischer Unmenschen verwandelt haben. Wir haben sie gezwungen, ihr Land zu hassen, einander zu hassen, die eigene Nation zu hassen. Es gibt keine Russen mehr, wir haben sie zerstört.

Wir haben die UdSSR zerstört, und wir werden auch Rußland zerstören.“

Mitt Romney

Reinhold Schramm (Bereitstellung): DBG-Studie zur Problemlage der grenzenlosen Ausbeutung in Deutschland 2012

[Neue DGB-Studie. Ein modifizierter Quellenauszug]

Insbesondere Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter sowie prekär Beschäftigte sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Beschäftigungsbedingungen vorzufinden, die sich deutlich von denen inländischer deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen unterscheiden. „*Ich kann nur sagen, ich habe bis heute keinen einzigen Rumänen getroffen, der den vollen Mindestlohn erhalten hat und daran anschließend auch nicht die volle Urlaubsvergütung, es werden auch systematisch die Sozialleistungen nicht ordnungs-*

gemäß abgeführt, weder hier noch im Heimatland“, stellt ein Experte aus der gewerkschaftlichen Beratung fest.

Häufig wird in den Beratungsstellen von Ausbeutung insbesondere durch zu geringe Löhne, Lohnvorenthalt sowie schlechte Arbeits- und Unterbringungsbedingungen berichtet. Dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, macht das häufige Auftreten solcher Fälle in der gewerkschaftlichen Beratungsarbeit deutlich. Dass selbst auf Vorzeigebaustellen wie der des Berlin-Brandenburger Flughafens Fälle dieser Art dokumentiert sind, zeigt, wie stark diese Vorgehensweise in der Beschäftigungspraxis verbreitet ist. Wie diese Strukturen üblicherweise greifen, soll an einem Fallbeispiel aus der Beratungspraxis verdeutlicht werden:

Mehrere Rumänen erhalten über einen Verwandten Kontakt zu einer Person, die ihnen legale Arbeit in Berlin verspricht. Ihnen wird ein monatlicher Lohn von 600 Euro versprochen, außerdem sollen die Kosten für Transport, Unterkunft und Verpflegung übernommen werden. Einige Zeit später werden sie in einem völlig überbesetzten Minibus nach Deutschland gebracht. Bei ihrer Ankunft werden sie in einer 3-Zimmer-Wohnung untergebracht, in der teilweise bis zu 50 Männer leben. Die Wohnverhältnisse sind dementsprechend schlecht, es gibt zwar mehrere Betten und Matratzen, allerdings nicht ausreichend für alle Personen.

Einige Tage später werden sie von einem „Vorarbeiter“ darüber informiert, dass die Ausfertigung der legalen Papiere 130 Euro kostet und dieser Betrag von ihrem ersten Lohn abgezogen wird. Nach einigen Tagen teilt der „Vorarbeiter“ eine Einwohnermeldung, eine Gewerbeanmeldung und einen Sozialversicherungsausweis aus. Die Arbeiter werden dann zusammen mit anderen in einem Bus auf eine Baustelle gefahren, wo sie einem weiteren Hauptverantwortlichen zugewiesen werden. Sie arbeiten jeden Tag in der Woche, am Wochenende etwas kürzer. Bei Kontrollen sollen sie ihre Gewerbeanmeldung vorzeigen. Als Berichte über die Verhältnisse in der Presse erscheinen, wird ihnen mitgeteilt, dass sie von nun an auf der Baustelle nicht mehr benötigt werden. Lohn für die geleistete Tätigkeit erhalten sie nicht, stattdessen werden sie bedroht und gezwungen, Papiere zu unterschreiben, deren Inhalt sie nicht lesen können. Kurze Zeit später werden sie in der Wohnung eingesperrt und nochmals massiv bedroht. Trotzdem entschließen sich die Arbeiter zu einer Aussage beim Landeskriminalamt (LKA). Die durch das LKA zugezogene Beratungsstelle bittet das Generalunternehmen darum, die beauftragten Subunternehmen zu kontaktieren, um feststellen zu können, welches der Unternehmen für die Beschäftigung der Betroffenen verantwortlich ist. Der Generalunternehmer zeigt sich – im Gegensatz zu den sonstigen Erfahrungen der Beratungsstelle mit anderen Generalunternehmern – kooperativ und leistet finanzielle Unterstützung, damit die Betroffenen in ihr Herkunftsland zurückkehren können. In einem Gespräch sichert das Generalunternehmen zu,

bei seinen Vertragspartnern die volle Bezahlung der Ansprüche auf der Basis des allgemeinverbindlichen Branchenmindestlohns mit Nachdruck geltend zu machen.

Der Baustellenbetreiber gibt auf Nachfrage an, dass er sich zum einen auf die verpflichtende Abgabe einer Tariftreueerklärung durch seine direkten Vertragspartner (Generalunternehmer) sowie auf die regelmäßigen Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit verlassen habe. Über Ergebnisse dieser Kontrollen sei die Geschäftsführung allerdings kaum informiert worden.

An dem Beispiel werden einige der Strukturen deutlich, die sich auch in anderen, von den Beratungsstellen betreuten Fällen gezeigt haben. Dazu gehören:

Anwerbung:

Wege nach Deutschland über Dritte aus den Herkunftsländern – über Sub-Subunternehmen – über Agenturen gemachte Versprechen: guter Lohn bzw. mehr Lohn als im Herkunftsland – Prämien bei guter Arbeitsleistung – bezahlte Unterkunft – geregelte Arbeitszeiten – sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – geregelter Urlaub und Wochenendzeiten.

Tatsächliche Arbeitssituation:

Arbeitszeiten werden nicht eingehalten – Lohn wird vorenthalten – (schein-)selbstständige statt abhängige Beschäftigung – für Arbeitsutensilien muss selbst gesorgt werden oder ihre Bezahlung wird vom Lohn abgezogen – Sicherheitsrichtlinien werden nicht eingehalten – Verschleierung der Verletzung gesetzlicher Ansprüche durch Unternehmer mittels undurchsichtiger Sub-Substrukturen und wechselnder Ansprechpartner – Manipulation von Lohnabrechnungen und Verträgen – Erstellen von Verträgen in verschiedenen Varianten – auf Deutsch gehaltene Verträge/Gewerbeanmeldungen, die die Beschäftigten vor Unterschrift nicht lesen können – Abzüge fiktiver oder nicht abrechnungsfähiger Kosten – Dokumente werden den Beschäftigten nicht ausgehändigt (Verträge, Lohnabrechnungen, Stundenzettel) – Urlaubstage werden eingetragen, aber nicht gewährt – Überstunden werden nicht bezahlt – Arbeitszeiten werden auf der Lohnabrechnung falsch ausgewiesen – Maßnahmen gegen Arbeitnehmende – Androhung der Kündigung bzw. tatsächliche Entlassung bei Beschwerde über die Verhältnisse – Entlassung bei Krankheit oder Unfall – Lohnkürzungen zur Disziplinierung – Androhung und Einsatz von Gewalt

Einhergehend mit Lohnbetrug berichten die Beratungsstellen auch über falsche Angaben in Bezug auf die Sozialleistungen. Dabei werden zum Teil Sozialabgaben gar nicht oder nur zu einem geringen Teil abgeführt. Klassisch läuft der Sozialsystembetrug so: Da werden z. B. Rumänen nach Deutschland geschickt, die eine Bescheinigung A1 bekommen. Diese besagt, dass die Beschäftigten dort [in Rumänien] im

Sozialsystem eingeschrieben sind und dass der Unternehmer dort auf die Höhe des Lohnes – und dazuzählt auch der Lohn hier – Sozialabgaben leistet. In allen Fällen, wo wir ein bisschen nachgebohrt haben, in denen die Leute einen Arbeitsvertrag gezeigt haben, falls sie überhaupt einen hatten, war das immer so, dass der rumänische Mindestlohn eingetragen war. Das heißt, sie zahlen auf 175 Euro Sozialabgaben und nicht auf den Mindestlohn in Deutschland. Damit hat man Sozialdumping, das von Rumänien, vom Staat, entweder nicht erkannt wird oder toleriert wird, oder, schlimmsten Falls, sogar gefördert wird. Als problematisch zeigt sich, dass im Konfliktfall die Betroffenen ihre Ansprüche alleine gegenüber den Auftraggebern durchsetzen müssen. Häufig werden den Betroffenen keine entsprechenden Nachweise und Unterlagen wie Arbeitsverträge oder Stundenzettel ausgehändigt. Nicht selten werden Beschäftigte, die längere Zeit keinen Lohn erhalten haben, genötigt, in ihr Herkunftsland zurückzukehren; ihnen werden Versprechungen gemacht, dass sie dort ihren Lohn erhalten werden. Wenn sie dann zurückkehren, wird dies als unerlaubtes Verlassen des Arbeitsplatzes mit einer sofortigen Kündigung sanktioniert und der Lohn wird nicht ausgezahlt. Nicht zuletzt haben die Betroffenen von ihrem Herkunftsland aus kaum Möglichkeiten, rechtlich gegen diese Praxis vorzugehen.

Quelle: DGB-Bundesvorstand / Studie: Grenzenlos faire Mobilität? Wanderarbeit: Alle Beschäftigten haben Rechte. Zur Situation von mobilen Beschäftigten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Expertise im Auftrag des DGB-Projektes „Faire Mobilität“, Autorin: Michaela Dälken. Redaktion: Dominique John, Volker Roßocha. V.i.S.d.P.: Annelie Buntenbach. / In Deutschland beschäftigte Mittel- und Osteuropäer werden oft um ihren Lohn betrogen. Vor allem in Gastronomie und Schlachtindustrie, Bau- und Reinigungsgewerbe nutzen Firmen die mangelnden Sprach- und Rechtskenntnisse dieser ArbeiterInnen systematisch aus. Eine Studie des DGB-Projektes „Faire Mobilität“ ? ..<http://www.dgb.de/themen/++co++e7c9628e-1c3f-11e2-a07f-00188b4dc42224>.10.2012,

Reinhold Schramm (Bereitstellung)

Cuba

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen: Pressemitteilung zum Wahlsieg des US-Präsidenten Barack Obama

Am 07.11.2012 vermeldeten die internationalen Medien um 05:35 Uhr den Wahlsieg des Amtsinhabers Barack Obama gegenüber seinem extrem rechtslastigen Herausforderer Mitt Romney. Der auf 3 Milliarden US-Dollar geschätzte und somit teuerste Wahlzirkus in der Geschichte dieses Landes ist damit beendet.

Jetzt gilt der Praxistest:

- Obama muss nun endlich sein bereits vor 4 Jahren gegebenes Versprechen einlösen und das US-Folterlager auf dem widerrechtlich besetzten cubanischen Territorium von Guantánamo schließen!

- Außerdem fordern wir von ihm, die als MIAMI 5 (Cuban 5) weltbekannt gewordenen fünf Cubaner, die seit 14 Jahren unschuldig in US-Hochsicherheitsgefängnissen inhaftiert sind bzw. (René González) für weitere drei Jahre mit elektronischer Fußfessel in Miami, der Hochburg der anticubanischen Terroristen, verbringen muss, unverzüglich freizulassen und zu ihren Familien nach Cuba zurückzuschicken! »Yes You can!«

Wir rufen dazu auf, sich hierzulande an den vielfältigen Aktivitäten der Cuba-Solidaritätsbewegung zu beteiligen, um gerade jetzt dieser Forderung gegenüber dem alten und neu gewählten US-Präsidenten Obama Nachdruck zu verleihen.

Wir rufen dazu auf, sich an der internationalen Aktion »An jedem fünften für die Fünf« zu beteiligen, indem sich Menschen aus den verschiedensten Orten auf der Welt an jedem Monatsfünften mit der Forderung nach Freilassung der Fünf an das Weiße Haus, an den US-Präsidenten Barack Obama wenden. Tel.: 001-202-456-1111; Fax: 001-202-456-2461; elektronisches Kontaktformular White House: <http://www.whitehouse.gov/contact/submit-questions-and-comments> Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, ehe den MIAMI 5 endlich, nach über 14 Jahren, Gerechtigkeit widerfährt und sie von Obama freigelassen werden.

Weiteres: www.cubafreundschaft.de.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen, i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba: Hurrikan Sandy über Kuba

Vielen Dank an alle bisherigen Spenderinnen und Spender und die zahlreichen Organisationen wie Unterstützer/innen, die geholfen haben, den Spendenaufruf weiter zu verbreiten. Schon wenige Tage nach dem ersten Aufruf konnten wir die ersten 5.000 Euro auf das von der kubanischen Regierung eingerichtete Konto überweisen.

Alles Geld, das auf das Konto eingeht, wird ausschließlich für die Hurrikanopfer und zur Beseitigung der Hurrikanschäden verwendet. Bis zum 20. November betrug der Spendenstand über 9.000 Euro, so dass wir nach den ersten 5.000 Euro bald die zweiten 5.000 Euro anweisen können.

Wir bitten weiterhin um Spenden auf das Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba: Kto.-Nr. 123 6900 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln BLZ 370 205 00 Stichwort: "Hurrikan Sandy"

Probleme des Anti-Imperialismus: Beispiel Syrien

***Geheim-Magazin*⁸: Sage niemand, man hätte es nicht gewusst**

Die Freie Syrische Armee und ihre Handlanger im linken Spektrum der BRD

Die BRD spielt bei den westlichen Versuchen, Syrien zu destabilisieren, eine ganz besondere Rolle. Die Klaviatur dieser Strategie ist weit gefächert: Sie umfasst ökonomische Aspekte (Stichwort: Sanktionen), organisierte Medienmanipulation, die Unterstützung sowie die Entwicklung einer schlagkräftigen Opposition gegen die Regierung in Damaskus, aber auch sehr konkrete Planungen für die Zeit „nach einem

⁸ Wir haben diesem Artikel keinen Autor – auch kein Pseudonym – zugeordnet, weil er das Ergebnis einer kollektiven Recherche ist, die wir fortsetzen werden, um die verwirrende Mauer der Netzwerke und Seilschaften, auch in der BRD, zu enthüllen, die die ausländische Intervention in Syrien organisieren, propagieren und abdecken. Wir werden deshalb sicherlich verunglimpft werden, machen jedoch weiter, denn das erste Opfer eines jeden Krieges, einer jeden Intervention ist die Wahrheit. (Redaktion des Magazins „Geheim“)

Sturz Assads“. Die syrische Opposition ist weit und international vernetzt, schließt auch offen terroristische Gruppierungen wie die so genannte „Freie Syrische Armee“ (FSA) mit ein. Das enge Geflecht der verschiedenen Strukturen der syrischen Opposition haben wir in der letzten Ausgabe unseres Magazins GEHEIM (Nr. 2/2012) öffentlich gemacht, die terroristischen Aspekte einiger ihrer Strukturen sowie ihre geheimdienstlichen Hintergründe sind bei uns regelmäßig nachzulesen und ebenfalls die letzte GEHEIM dokumentiert am Beispiel der Berliner Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) die Rolle der BRD. Hier beschäftigen wir uns nun ausführlicher mit der gezielten Einflussnahme der so genannten syrischen Opposition auf linke Kräfte in der BRD. Die Zielsetzung dieser Aktivitäten erscheint sehr durchsichtig: die Entwicklung einer breiten und konsequenten Anti-Kriegs-Bewegung in Deutschland zu verhindern, die darauf abzielt, konsequent gegen alle, auch bundesrepublikanischen, ausländischen Destabilisierungsversuche in Syrien vorzugehen. Auch in diesem Kontext finden wir wieder Blutspuren der FSA.

Ein Kilo Manipulationen

Ein gewisser Michel Kilo reiste jüngst durch Wien, Graz und Berlin. Er hielt Vorträge zur „Demokratiebewegung“ in Syrien.

Nach Wien wurde Kilo von Österreichisch-Arabischen Kulturzentrum (OKAZ) in Kooperation mit der Antiimperialistischen Koordination (AIK) und dem Österreichischen Koordinationsrat zur Unterstützung der syrischen Revolution eingeladen.

Die Veranstaltung in Graz wurde von der Welthaus Diözese, der Katholischen Hochschulgemeinde Graz und von Pax Christi organisiert. Am Rande erwähnt seien auch Kilos Abstecher in das österreichische Außenministerium und zu Kardinal Christoph Schönborn⁹.

Nach seiner Vortragsserie in Österreich begab sich Kilo in die BRD. Hier wurde er indes nicht von kirchlichen oder bürgerlichen Kreisen offiziell in Empfang genommen, sondern vom so genannten linken Spektrum und Vertretern von Friedensvereinigungen. Der aus Syrien stammende Vortragsreisende Kilo trat am 9. Oktober 2012 im Münzebergsaal des ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz im Rahmen der 62. Berliner Friedensgespräche zum Thema „Ein anderes Syrien ist möglich!“ auf. Organisatoren der Veranstaltung waren die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ (RLS) und der „Deutsche Friedensrat e.V.“ in Kooperation mit dem „Demokratischen Syrischen Forum“. Auch die „Kommunistische Plattform in der Partei DIE LINKE“, das „Netzwerk

⁹ <http://okaz.at/michel-kilo-in-wien-zunehmende-ermunterung-des-assad-regimes>

Friedenskooperative“ und der „Initiative e.V. – Verein für Demokratie und Kultur von unten“ rührten im Vorfeld der Veranstaltung ihre Werbetrommeln.

Wer jedoch ist dieser Michel Kilo, dem Teile der so genannten Linken und der Friedensvereine ein Podium bieten? Was hat Kilo über Syrien mitzuteilen? Diesen Fragen lohnt es sich auch insbesondere dann nachzugehen, wenn man bedenkt, dass auf dem Podium der Veranstaltung keine unwichtigen Größen der Partei DIE LINKE wie Prof. Dr. Norman Paech und Wolfgang Gehrke Platz nahmen und Dr. Erhard Crome von der RLS als Moderator fungierte. Auch sei erwähnt, dass der „Deutsche Friedensrat e.V.“ und dessen Vorsitzende Bärbel Schindler-Saefkow sich als Teil der deutschen Friedensbewegung bezeichnet und in engster Zusammenarbeit mit den Dachorganisationen „Kooperation für den Frieden“ und dem „Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden“¹⁰ steht.

Aber nun zurück zu Kilo und seiner Sichtweise zu Syrien, die, folgt man der Ankündigung der Veranstaltung „dazu beitragen (soll), hinter dem Knäuel von Desinformation und Kriegsgeschrei das tatsächliche Geschehen zu verstehen. Welche Möglichkeiten einer demokratischen und friedlichen Perspektive Syriens gibt es, trotz alledem?“ Mehr noch: es wird angemahnt, dass Linke in Betracht der Entwicklungen in Syrien „nicht schweigen“ können¹¹.

Schon lange führender Oppositioneller

Michel Kilo ist Jahrgang 1940 und ein führender Oppositioneller in Syrien. Er absolvierte ein Studium im Fach Journalismus in Ägypten und Deutschland, ist ein bekannter Vertreter des „Damaszener Frühlings“, wurde mehrere Male verhaftet u.a. 2006, ist Mitbegründer des Syrischen Demokratischen Forums und lebt derzeit vor allem in Paris.

Er ist ein „alter Kämpfer“ der syrischen Opposition und kommt aus den von der CIA unterwanderten Kreisen der so genannten Syrischen Kommunistischen Partei (Politbüro) / SKPB, die sich unter Riad al-Turk 1973 von der traditionellen Syrischen Kommunistischen Partei abgespalten hatte und recht bald einen Sozialismus á la Gor-

¹⁰ Das „Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden“ zählt u.a. folgende Vereine zu seinen Mitgliedern: Deutscher Friedensrat e.V., RotFuchs Förderverein e.V., Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM e.V., Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Europäisches Friedensforum e.V. - Deutsche Sektion, Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung GRH e.V., Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten VVN/BdA e.V.

¹¹ <http://www.rosalux.de/event/46873/ein-anderes-syrien-ist-möglich.html>

batschow vertrat. 2005 nannte sich die Partei in Syrische Demokratische Volkspartei um, die mit ihrem offiziellen Schwenk zur Sozialdemokratie nun ihren eingeschlagenen Entwicklungsweg konsequent zu Ende ging und dies mit dem Namenswechsel offiziell dokumentierte. Über verschiedene Kanäle, so u.a. der National Endowment für Democracy, wurde die SKPB nahezu von Beginn an – auch materiell – von westlichen Geheimdiensten, so der CIA, unterstützt. Ziel dieser Operationen war es schon in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, in Syrien eine so genannte „Zivilgesellschaft“ gegen die Regierung in Damaskus als Basis für einen Regimewechsel auszubauen. In diesem Zusammenhang fallen immer wieder auch Namen wie „Erklärung von Damaskus“ oder „Demokratischer Runder Tisch“. Von Mitte der 90er Jahre an knüpften diese alten Oppositionskreise schließlich ein fast undurchsichtiges Geflecht an Beziehungen zu später auftauchenden Oppositionsgruppierungen wie dem „Syrischen Nationalrat“ (SNC), dem „Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel“ (NCC), der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), dem „Rat für die Syrische Revolution“, der „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte“, den „Lokalen Koordinationskomitees“ (LCC) oder der „Syrischen Moslebruderschaft“. Und alle Wege von diesen Gruppierungen führen immer wieder zu westlichen Geheimdiensten (siehe dazu auch sehr ausführlich GEHEIM Nr. 2/2012). Tatsache ist: Michel Kilo sitzt im Zentrum dieses nur angerissen dargestellten Geflechts, das zwar voller interner – vor allem auch persönlicher – Widersprüche ist, aber dennoch höchst effektiv und einflussreich arbeitet.

Lügen und Heuchelei in Interviews

Aus diversen Interviews, die die „Spinne im Netz“ Kilo in Österreich und der BRD gegeben hat, wird deutlich, welche „demokratische“ Linie er in Syrien verfolgt. So sieht Kilo derzeit keinen Verhandlungsspielraum mehr für Verhandlungslösungen zwischen der Opposition und der Regierung von Bashar Al-Assad. Auch einer militärischen Lösung gegenüber ist er nicht abgeneigt. Sein erklärtes Ziel ist der Sturz von Al-Assad und er behauptet, dass die FSA, auf deren Seite er sich unmissverständlich stellt und die er als künftigen demokratischen Leuchtturm in Syrien betrachtet, auf dem Vormarsch sei: „...in Aleppo kontrollieren die Rebellen schon 80 Prozent. Wir sind im letzten Drittel unseres Kampfes. ... Wir arbeiten daran, eine starke Armee aufzubauen, deren Kern die FSA darstellt, kontrolliert von der Zivilgesellschaft.“¹²

Kilo verdreht die Realitäten, indem er gegenüber dem trotzkistischen Blatt „Sozialistische Zeitung“ am 1. Oktober 2012 behauptet: „Das Regime bombardiert Dörfer, Schulen. Straßen, Moscheen usw. mit Waffen, die dazu dienen, große Gebiete dem

¹² <http://kurier.at/nachrichten/4514868-sind-im-letzten-Drittel-des-Kampfes.php>

Erdboden gleichzumachen. Das ist jetzt der dritte Angriff gegen die Freie Syrische Armee (FSA) in den letzten drei Monaten und der fünfte Angriff gegen die syrische Bevölkerung in den letzten eineinhalb Jahren.“

Die Haltung und Politik Russlands gegenüber Syrien findet Kilo „von A bis Z falsch“. Er behauptet, dass es zwischen Russland und Syrien nur eine Beziehung „zwischen Moskau und dem Präsidentenpalast“ gäbe. Dabei habe „die USA Beziehungen zur syrischen Opposition in der Türkei, zu Teilen der Bevölkerung, selbst zu Kreisen innerhalb des Regimes. ... Sie (*gemeint ist Russland; Anmerkung der Redaktion GEHEIM*) bewaffnen das Regime, das diese Waffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzt. ... Die staatliche Macht hat ihre Repression auf die moderne Zivilgesellschaft gerichtet und diese beinahe vernichtet“

Die FSA wird reingewaschen

Darüber hinaus wäscht Kilo die FSA von ihren barbarischen Schandtaten rein: „Vor kurzem hat die FSA einen Befehl ausgegeben, dass kein Mitglied der FSA Mitglied in einer Partei sein darf, weder in einer politischen, noch in einer religiösen Partei. Das bedeutet, die Führung der FSA möchte die Islamisten aus ihren Reihen ausschließen. Außerdem hat die FSA jetzt eine Erklärung verabschiedet, nach der Gefangene nicht gefoltert werden dürfen und das recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren haben.“¹³

Der Mann lügt, dass sich die Balken biegen und im Stil wie Duktus westlicher Geheimdienste, ihrer publizistischen Handlanger wie auch der Terroristen der so genannten Freien Syrischen Armee. Als Beweis hierfür dient an dieser Stelle ein kleiner Ausschnitt aus der österreichischen Zeitung „Kurier“ vom 7. Oktober 2012, Originalton Michel Kilo: „Die FSA ist nicht islamistisch. Aber es stimmt, dass diese Kräfte umso stärker werden, je länger der Konflikt dauert. Was die Christen anbelangt: Es gab in meinem Land noch nie in der Geschichte ein Christenverfolgung. Obwohl einige von ihnen mit dem Regime kooperierten, ist bis heute kein einziger getötet worden, mit Ausnahme von Geheimdienstmitarbeitern und Soldaten“. Auch an diesem Punkt lügt dieser Herr frech und dreist, wohl davon ausgehend, dass seine Unterstützer nicht nachfragen. Die Dokumente über sehr konkrete Verfolgungen, Bedrohungen und Ermordungen von Minderheiten, so auch Christen, sind inzwischen Legion und sehr leicht, auch mit Videomaterial, belegbar. Die Täter: Banditen der FSA und/oder islamistische, salafistische Fanatiker, die schon jetzt zur blutigen Hetzjagd geblasen haben. Angesichts dieser Fakten klingen die Lügen Kilos so, als habe er mitgeschossen.

¹³ <http://www.sozone.de/2012/die-usa-haben-ein-interesse-syrien-zu-zerstoeren>

Kein Unbekannter

Kilo ist in der BRD kein Unbekannter. Er hat mediale Podien gefunden, oder umgekehrt, man sucht seine Nähe und interviewt ihn und berichtet gezielt über dessen An- und Absichten. In Österreich interviewten ihn bürgerliche Medien, in der BRD finden Kilos unlautere und perfide Ergüsse seit längerem in den Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ Gehör. Dafür trägt in erster Linie deren Nahost-Frontfrau Karin Leukefeld Sorge. Wer ist diese Dame? Der „Berliner Tagesspiegel“ berichtete über ihre Hintergründe in einem Bericht am 21. Februar 2012: „Bemerkenswert ist ... vor diesem Hintergrund, dass sich zwei deutsche Tageszeitungen aus dem linken Spektrum, das „Neue Deutschland“ (ND) und die „junge Welt“ (jW) mit Karin Leukefeld eine Korrespondentin leisten, die seit etwa zwei Jahren in Damaskus akkreditiert ist und auch in jüngster Zeit immer wieder nach Syrien reiste und von dort berichtete. ... Leukefeld, Jahrgang 1954, studierte Islamwissenschaftlerin, arbeitet seit 1967 als freie Journalistin, sie war zuvor unter anderem Mitarbeiterin eines PDS-Bundestagsabgeordneten und machte Öffentlichkeitsarbeit für die GRÜNEN.“¹⁴

Das macht ihre guten Beziehungen zu genannten Medien und Organisationen erklärlich; auf dieser Basis war sie besonders in den letzten Monaten in der Lage, ihre Kontakte zu einem Netz linker und/oder sich links gebender Organisationen und Personen auszubauen. Dazu gehören u.a.: Initiative e.V., der Friedensratschlag/Friedensbewegung, die Wochenzeitung der DKP Unsere Zeit (UZ), oder lokale Initiativen. Überall dort findet man in Konsequenz Analysen und Berichte der sich mit einer linken Aura umgebenden Journalistin. Hinzu kommen immer wieder Auftritte in von solchen Organisationen getragenen Veranstaltungen.

Ein roter Faden lässt sich zudem in ihren publizistischen und anderen Aktivitäten finden: sie macht Leute wie Kilo oder das Nationale Komitee für Demokratischen Wandel in Artikeln und durch entsprechende Interviews gerade in linken und friedensbewegten Kreisen immer bekannter. Diese stehen so in einem demokratischen, friedlichen Licht durchaus als Alternative zur Assad-Regierung in Damaskus. Allerdings ist unübersehbar, dass Frau Leukefeld die in diesem Artikel bereits dargestellten Fakten und Hintergründe gerade über den von ihr ganz offensichtlich so positiv dargestellten Personenkreis geflissentlich verschweigt.

„Linke“ Front gegen Syrien

¹⁴ <http://www.tagesspiegel.de/medien/mit-assads-duldung-ich-kann-weitgehend-frei-berichten/6229084.html>

Nur an einen Zufall oder Unwissenheit mag glauben, der vielleicht noch nichts über die Rolle linker Kräfte und Organisationen in der BRD, einschließlich der Partei, die diesen Namen trägt, gehört hat. Sie spielen bei der aktiven Unterstützung syrischer Kräfte für den vom Westen geplanten Regime Change eine Rolle. Sehr gute Kontakte zu den verschiedenen Flügeln der syrischen Opposition unterhält die PDL-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie bietet diesen Oppositionskräften unter die Arme greifende Logistik sowie Foren an, in denen sie öffentlich auftreten können. Immer wieder taucht dort ein gewisser Elias Perabo auf, ein Mitbegründer und Sprecher der Initiative „Adopt a Revolution“ (AaR), eine Truppe, die Geld für die syrische Opposition sammelt und immer wieder von sich behauptet, sie unterstütze ausschließlich die angeblich friedliche, demokratische Opposition. Tatsache ist jedoch, dass aktive Beziehungen zum „Syrischen Nationalrat“ (SNC) bestehen und dementsprechend SNC-Mitglieder bei AaR mitarbeiten. Deshalb dürfte es kein Zufall sein, dass das AaR-Beiratsmitglied Christine Schweitzer sehr entlarvend sagt, dass „die überwiegende Mehrheit der Opposition ... das Vorhandensein der Syrischen Freien Armee (unterstützt). Sogar, dass ein Motto einer Freitagsdemonstration vor einigen Wochen lautete: `Bewaffnet die FSA`. Es ist ein Problem, zivilen Widerstand zu unterstützen, wenn die Partner sich nicht zu bewaffnetem Widerstand abgrenzen, ja die Bewaffnung fordern. (Nicht ihre eigene, es geht in Syrien nicht um eine Volksbewaffnung, sondern die FSA wird als `alternative Armee` gesehen.“¹⁵ Wenn das keine aktive, positive Tolerierung ist, was dann?

Auf diese Weise fungiert AaR in einer Art von Scharnierfunktion zwischen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), der Partei DIE LINKE (PDL), Teilen der (oliv)GRÜNEN sowie ihren Presseorganen, so der kriegstreiberischen Tageszeitung „taz“, die faktisch als Propagandaorgan der AaR wirkt. Selbstverständlich wirken trotzkistische Kreise in der PDL, wie die SAV oder marx21 in ihren Rufen nach einem Sturz der syrischen Regierung wie pseudolinke Lautsprecher des CIA-Hauptquartiers in Langley.

„Abgerundet“ wird diese „linke Front“ gegen Damaskus durch Äußerungen des Sprechers des zur Friedensbewegung gehörenden Friedensratschlags, Peter Strutynski: „Wir lehnen die Assad-Regierung ab, das ist überhaupt keine Frage.“¹⁶

Mit Kilo zurück nach Wien, die Kreise schließen sich

¹⁵ <http://www.imi-online.de/2012/04/05/bürgerkriegspatenschaft>

¹⁶ <http://www.neues-deutschland.de/artikel/223951.html>

In Österreich stattete Kilo dem Außenministerium und Kardinal Schönborn einen Besuch ab. Vielleicht ging es nach seinem Auftritt bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf einen Abstecher in die Stiftung Wissenschaft und Politik zu Volker Perthes und in das Auswärtige Amt zu Guido Westerwelle. In jene heiligen Hallen also, wo die Roadmap für Syrien unter dem Titel „The Day After“ ausgebrütet wurde – in Kooperation mit dem Syrischen Nationalrat (SNC, der Freien Syrischen Armee (FSR) und damit auch mit Kilo.

Wenn Teile der so genannten Linken und der Friedensbewegung in der BRD einem so offen konterrevolutionären Aktivisten wie Kilo eine öffentliche Bühne bieten, muss man sich nicht wundern, warum es keinerlei laute und klare Protestaufrufe von linken Kräften gegen die vom Westen gesteuerte Barbarei in Syrien gibt.

Die Söldner und Banditen der Freien Syrischen Armee schlachten und zündeln täglich weiter und die Gefahr eines III. Weltkrieges rückt von Tag zu Tag näher. Indem man Leuten wie Kilo ein Podium bietet, macht man sich mitschuldig. Wenn die Rosa-Luxemburg-Stiftung dann auch noch im Vorfeld dieser Veranstaltung dazu aufruft, zu den Entwicklungen in Syrien „nicht (zu) schweigen“, wer kann es einem dann verdenken, sie als Handlanger der kriegslüsternen Imperialisten zu betrachten.

Die wenigen Stimmen in der BRD hingegen, die sich auf die Seite der syrischen Bevölkerung und dessen Präsidenten Bashar Al-Assad stellen, der westlichen Medienpropaganda die Stirn bieten und eine klare anti-imperialistische Haltung gegen jede Form des Interventionismus in Syrien einnehmen, werden unterdrückt und das Leben wird ihnen zur Hölle gemacht. GEHEIM bleibt jedoch weiter am Ball und wird auch in dieser Sache weiter recherchieren, bohren, nachhaken – denn sage am Ende niemals jemand, er oder sie habe es nicht wissen können.

Geheim-Redaktion, Geheim Nr. 3-2012

Geheim-Magazin c/o Michael Opperskalski

Postfach 270324, 50509 Köln

Tel: 0221-2839995

Fax: 0221-2839997

www.geheim-magazin.de

abo-probeexemplar@geheim-magazin.de

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt